Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 20. Mittag-Ausgabe. Einundsechszigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Dinstag, den 13. Januar 1880.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

34. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 12. Januar.

11 Uhr. Am Ministertische v. Puttkamer, Bitter, Graf zu Eulenburg und Commissarien.

Von dem Cultusminister ist eine Denkschrift, betr. den Lehrermangel, eingegangen.

Finanzminister Bitter: Ich habe die Ehre, dem hohen Hause mit Allerhöchster Ermächtigung den Nachtragsetat vorzulegen, welcher die Mittel erbittet zunächst zum Bau des Schifffahrtscanals zur Verbesserung der Wasserstraßen Zehdenick-Liebenwalde die erste Rate mit 500,000 M. Dieser Bau ist nach den inzwischen nochmals vorgenommenen technischen Ermittelungen so absolut nothwendig, daß es kaum möglich sein würde, diese schlechteste Strecke der Havel in nothdürftig schiffbarem Zustande zu erhalten. Die Aufklärungen, die in der Commission werden gegeben werden, werden unzweifelhaft dahin führen, daß Sie alle die große Dringlichkeit dieser Forderung anerkennen werden. Eine zweite Stelle in diesem Nachtragsetat nimmt die Canalisirung des Mains von Frankfurt bis zum Rhein ein. Die Frage interessirt Preußen, speciell die Stadt Frankfurt, wie kaum eine andere. Von den 4½ Millionen M. betragenden Kosten wird die erste Rate 800,000 M. betragen. Die Vorlegung dieses Etats hat sich verzögert, weil Verhandlungen mit der Stadt Frankfurt vorausgehen mußten, um dieser Stadt wegen Uebernahme des Hafenbaues bestimmtere Verpflichtungen aufzuerlegen, als sie bisher übernommen hatte, und weil Schwierigkeiten mit den Main-Uferstaaten zuvor beseitigt werden mußten. Es ist in der letzten Zeit zu meiner großen Befriedigung gelungen, sowohl die Stadt Frankfurt zu einer unbedingten Erklärung in Bezug auf den Bau des Hafens bei Frankfurt zu vermögen, als auch die Verhältnisse zu den Main-Uferstaaten zu regeln. Es war nothwendig, zunächst festzustellen, daß alle Verhältnisse ganz klar liegen. Es ist jetzt bestimmt worden, daß der preußische Staat bei diesem Bau eingreifendere Verpflichtungen nicht zu übernehmen habe, als von vornherein von ihm in Aussicht genommen werden mußten. Bei dem großen Interesse, welches beide Canalbauten für die Schifffahrt und die Verkehrsinteressen haben, bitte ich, daß dieser Nachtragsetat mit möglichster Beschleunigung berathen werde.

Das Haus tritt in seine Tagesordnung, die erste Berathung des Gesetzentwurfes, betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung des durch Ueberschwemmung und Mißernte herbeigeführten Nothstandes in Oberschlesien. Es melden sich 12 Redner zum Wort.

Abg v. Huene: Das Gesetz entspricht im Ganzen seinem Zweck. In den Industriebezirken herrscht glücklicherweise so gut wie gar kein Nothstand Dank unserer neuen Wirthschaftspolitik. Ich empfehle der Regierung zur besonderen Berücksichtigung noch die den Nothstandskreisen benachbarten und ebenfalls Noth leidenden Districte einiger nicht allgemein vom Nothstand ergriffenen Kreise Falkenberg, Oppeln, Rosenberg, Gleiwitz und Groß-Strehlitz. Dauernde Abhilfe wird in den Kreisen mit schlechtem Boden nur durch die vom Finanzminister verheißenen Meliorationen geschafft werden. Bei der zur Beschaffung von Lebensmitteln ausgesetzten Summe ist ein zu geringer Satz, 20 Pfennige pro Kopf, zu Grunde gelegt. Bei der Vertheilung der Unterstützungen ist ein Zusammenwirken der Behörden mit den schon bestehenden localen Comites durchaus nöthig und auch meist zu Stande gekommen. In einigen Kreisen haben aber leider die Landräthe die katholischen Geistlichen von der Theilnahme an den Nothstandscomites ganz ausgeschlossen. Ich hoffe, daß der Regierungspräsident von Oppeln hier Remedur schaffen wird. Die Rückzahlung der gewährten Beträge für Viehfutter sollte gar nicht und auch die der anderen Unterstützungen nur in den Flußthälern mit gutem Boden verlangt werden. Wo Arbeitsfähigkeit vorhanden ist, darf die Unterstützung nicht in Geld, sondern nur in Arbeitsgelegenheit bestehen. Die verbreiteten Behauptungen über die Arbeitsscheu der dortigen Bevölkerung sind durchaus unrichtig; es findet ein großer Zudrang zur Arbeit statt, der aber leider in mehreren Kreisen nicht befriedigt werden konnte. Die milde Witterung wird hoffentlich die Landräthe dieser Kreise zu rascherem Vorgehen mit den öffentlichen Arbeiten antreiben.

Bei Gewährung der Mittel für die Wegebauten darf die Regierung nicht zu karg sein, damit die Beitragspflicht den leistungsunfähigen Communen nicht zu drückend wird. Auch dürfen diese Leute nicht, wie es in einem Falle vorgekommen, einem einzigen Privatunternehmer in Accord gegeben werden, der den ganzen Vortheil in seine Tasche steckt. Der Typhus ist bei der kalten Witterung nur vereinzelt aufgetreten: mit dem Umschlage zur wärmeren Witterung wird er aber wahrscheinlich epidemisch werden. Es sind für diesen Fall schon alle möglichen Vorkehrungen getroffen, nur ist die Frage nach Krankenpflegern noch ungelöst. Die vorhandenen Kräfte reichen nicht aus, um noch irgend einem privaten Bedürfniß in Stadt oder Land nachzukommen, da sie in den öffentlichen Anstalten vollauf beschäftigt sind. Der Vorsitzende des Maltheservereins hat den Oberpräsidenten deshalb gebeten, daß der Vermehrung der Krankenpflegerkräfte kein Hinderniß in den Weg gelegt werde, bis jetzt aber keine Antwort erhalten. Man hat die Vermehrung der Schwestern bisher auf alle Weise verhindert, die vorhandenen sind durch Anstrengung im Dienste decimirt. Es ist deshalb sehr zweifelhaft, ob noch Kräfte genug beschafft werden können. Das ist die Folge des Culturkampfes, dem die Selbstaufopferung für die Menschheit um Gotteswillen weichen mußte. Der geistliche Nothstand, nur für den begreiflich, der da weiß, was es für einen katholischen Christen heißt ohne die Sakramente zu sterben, klopft an die Thür des Ministeriums und verlangt, daß Friede gemacht werde mit Millionen treuer Unterthanen. In der Schulfrage ist zu beachten, daß die geringen Fortschritte der Kinder durch die gänzliche Verbannung der polnischen Sprache aus der Schule verschuldet sind und daß nirgends die Schule so in Gegensatz zur Geistlichkeit gebracht ist, wie in Oberschlesien. Der wirthschaftliche Nothstand liegt hauptsächlich am Wucher. An diesem krankt der Grundbesitz und daran wird er zu Grunde gehen. (Redner schildert ausführlich die Manipulationen, mittelst deren die Wucherer Grundstücke in ihren Besitz bringen.)

Im vorigen Jahre erklärte der Justizminister, es habe keine äußere Veranlassung vorgelegen, den Gegenstand einer eingehenden Prüfung zu unterziehen; heute erklärt der Finanzminister, die nothleidenden Kreise seien von einem Netze des Wuchers überzogen, und wenn wir es nicht bald zerreißen, so finden wir darin nur noch einen wirthschaftlichen Leichnam. Die Organe der Regierung haben bisher ihre Schuldigkeit hier nicht gethan; möge es dem Justizminister gelingen, endlich im Reiche Schritte gegen die Wucherfreiheit zu erzielen, wie wir im Centrum sie immer verlangt haben. Die Schaffung neuer Creditinstitute für Oberschlesien wird zu kostspielig sein; der Staat soll statt dessen im Anschluß an die Landschaft für eine höhere Beleihung, als die Landschaft gewöhnlich gewährt, die Garantie übernehmen. Die durch die Agrargesetzgebung der letzten 50 Jahre eingeführte Theilbarkeit der Grundstücke und Verwandlung der Naturalabgaben in Renten, ferner der durch Schulbauten und Erhöhung der Lehrergehälter erhöhte Druck der Communalsteuern haben den kleinen Grundbesitz sehr geschwächt. Die großen Grundbesitzer halten es leider auch für ihre Aufgabe, die kleinen Bauernbesitzungen aufzukaufen. Die Regierung sollte die Idee, eine Art Erbpacht wieder einzuführen, nicht ganz von der Hand weisen. Die beabsichtigte Drainage wird jedenfalls gut wirken; man möge damit nicht auf die Vollendung der Separationen warten und für die dazu gewährten Mittel in den ersten 3 Jahren keine Zinsen verlangen. Die Eisenbahnlinie Gleiwitz-Rybnik muß nach dem Wunsche der Interessenten bis an die Landesgrenze fortgeführt werden: das wird große Kohlendistricte erschließen und den Ertrag des Grundbesitzes, sowie die bisher sehr geringen Arbeitslöhne steigern. In den kleinen Landstädten endlich ist für Hebung des durch den Nothstand verloren gegangenen Credits der kleinen Handwerker zu sorgen. Die Erklärung der Regierung, daß sie dem seit Jahrzehnten vernachlässigten Lande mit allen Kräften und Opfern helfen wolle, wird dort mit großer Dankbarkeit aufgenommen. Wenn sie ihr Versprechen hält, so werden die guten Eigenschaften des dortigen Volksstammes sich wieder auf guter materieller Grundlage entwickeln, und man wird von dem Nothstandsjahre 1879/80 den Beginn einer besseren Zeit datiren. (Beifall.)

Finanzminister Bitter: Die Staatsregierung hat den Plan, ihre Einwirkung auf die Zustände in den Nothstandskreisen auf das platte Land beschränken zu wollen, niemals weder ausgesprochen, noch beabsichtigt. Alle Maßregeln werden für Stadt und Land gleichmäßig sorgen. In der Eisenbahnfrage wird eine wohlwollende Erörterung aller localen Bedürfnisse stattfinden und Alles geschehen, um die Kreise dem großen Verkehr aufzuschließen. Auch den an die eigentlichen Nothstandkreise angrenzenden Districten wird die nöthige Aufmerksamkeit geschenkt werden. In Bezug auf die Frage, ob das Viehfutter nur als Darlehen oder ohne Verpflichtung zur Rückerstattung gegeben werden soll, werden von Seiten der Staatsregierung keine Schwierigkeiten gemacht werden. Es wird unter allen Umständen darauf gehalten werden, die Grundbesitzer in einen dauernd prästationsfähigen und guten Zustand zu versetzen und darin zu erhalten. Wenn an einigen Stellen von Seiten der Verwaltungsbehörden abgelehnt worden ist, die Geistlichen an der Vertheilung der Unterstützungen zu betheiligen, so kann und muß ich von meiner Seite bemerken, daß dies meinen Ansichten nicht entspricht (Beifall), daß ich gewünscht hätte, daß die Behörden sich der versöhnlichen Richtung bewußt gewesen wären, die nicht nur bei uns herrscht, sondern auch gerade in dieser Vorlage hat ihren Ausdruck finden sollen.

Cultusminister v. Puttkamer: Was die Sanitätsverhältnisse angeht, so wage ich nicht, dem Vorredner, der sie aus eigener Anschauung kennt und ihre Verschlechterung durch den Witterungsumschlag befürchtet, entgegenzutreten; aber als tröstlich kann ich wenigstens das Eine aufführen, daß bis zu diesem Augenblick keine irgend wie bedrohliche Erscheinung sich gezeigt hat und daß mit Gottes Hilfe diese Seite der Noth milde vorübergehen wird. Der Minister des Innern und ich haben in Gemeinschaft gethan, was menschliche Kräfte vermögen. Wir vertrauen allerdings fest darauf, daß die Provinzialbehörden auch ohne Anregung Alles thun werden, was in der Möglichkeit liegt, wir haben Ihnen aber in einer Verfügung alle die Gesichtspunkte und Maßregeln zur Erwägung gegeben, welche dazu dienen können, um dem drohenden Gespenste des Typhus zu begegnen. Zum Ruhme des Landestheiles muß ich sagen, daß er mit Krankenanstalten, wie kein anderer der preußischen Monarchie, ausgestattet ist. Die Organe der katholischen Kirche und die ihnen affiliirten Vereine, die Gewerkschaften, die großen Industriellen und Grundbesitzer haben gewetteifert, solche Anstalten zu errichten. Wenn die Sanitätsverhältnisse sich verschlimmern sollten, stehen die Tausende von Betten dieser Anstalten bereit. Zu denselben gehört auch das Juliushospital des Johanniter-Malteser-Ordens in Rybnik, nicht die umfangreichste, aber die am besten eingerichtete Anstalt, wie ich aus eigener Anschauung weiß. Der Vorsteher des Ordens, Graf Praschma, hat dem Oberpräsidenten von Schlesien gegenüber die Besorgniß ausgesprochen, daß die Gesetzgebung dem von ihm patronisirten Institut die Möglichkeit entziehe oder doch beschränke, das nöthige Hilfspersonal herbeizuschaffen. Der Oberpräsident hat dem Minister des Innern und mir die Frage vorgelegt und wir haben durch Reskript vom 31. December v. J. in dem Sinne antworten können, daß eine humane, der Sachlage angemessene Handhabung der bestehenden Gesetzgebung jede Schwierigkeit wird beseitigen können.

Es handelt sich um die Verstärkung des Personals durch Versetzung aus anderen Zweigniederlassungen in die bedrohten Districte. Zu dieser Versetzung bedarf es keiner staatlichen Genehmigung, sondern nur einer nachträglichen Anzeige, und ich kann aus eigener Erfahrung versichern, daß gerade in Oberschlesien die betreffenden Orden und Congregationen sich dieser nicht schweren Pflicht stets bereitwillig unterworfen haben; unzweifelhaft werden sie sich auch unter so bedrohlichen Verhältnissen dieser Pflicht unterziehen. Die Pflegeschwestern werden auf dem kürzesten Wege bis auf denjenigen Bestand verstärkt werden, welcher dem Bedürfnisse entspricht, um auch eventuell eine ambulante Krankenpflege zu eröffnen. Wenn zu diesem Zwecke die Erlaubniß zur Gründung einer neuen Ordensniederlassung nachgesucht werden sollte, so müßte dazu allerdings die Genehmigung nach dem Gesetze versagt werden, denn die Gründung neuer Niederlassungen ist gesetzlich verboten. Aber wenn es sich darum handelt, für vorübergehende Nothstände, für singuläre Zwecke eine ambulante Krankenpflege zu etabliren, so wird einem darauf gerichteten Antrage staatlicherseits irgend ein Hinderniß nicht entgegengestellt werden. Wir haben in diesem Sinne an den Oberpräsidenten geschrieben, er wird die betreffenden Organe, so weit es nöthig ist — denn das von mir Ausgesprochene entspricht der bestehenden Praxis — instruiren, und ich denke auch, Graf Praschma wird darin volle Beruhigung finden. Vom Standpunkte meines Ressorts sind zur Aufrechterhaltung guter Gesundheitsverhältnisse einige Maßregeln getroffen; ich will nur an die Einrichtung der Volksschulküchen erinnern. Die Kinder haben mit mangelhafter Fußbekleidung und ohne genügende Nahrung weite Wege nach der Schule zu machen, wo sie hungernd und frierend ankommen. Daraus entwickeln sich leicht Krankheiten. Ich habe mit der nicht genug anzuerkennenden Hilfe des Vaterländischen Frauenvereins dafür gesorgt, daß überall in den Nothstandsdistricten im Schulhause Küchen eingerichtet sind, damit die Schulkinder warme und gesunde Nahrung finden. Damit wird der Keim zu weitergreifenden Krankheiten erstickt werden.

In hohem Grade traurig ist die durch die Erledigung vieler geistlichen Stellen erschwerte Seelsorge. Wem sollte nicht das Herz bluten, wenn er sich sagen müßte, daß bei ausbrechenden Epidemien eine ganze Bevölkerung der Segnungen der Kirche beraubt ist? In Oberschlesien sind allerdings viele Pfarreien aus den bekannten Gründen unbesetzt, aber gerade in Oberschlesien hat die Aushilfe durch die benachbarten Geistlichen in großem Umfange stattfinden können. Ich will die Frage, in wie weit die Ausübung einzelner geistlicher Amtshandlungen unter die Strafbestimmungen der Maigesetze fällt, nicht weiter erörtern, sondern nur bekunden, daß gerade in Oberschlesien die Uebelstände, welche in anderen Landestheilen in verschärftem Maße hervorgetreten sind, nicht so sehr in den Vordergrund traten. — Die Praxis der Staatsanwalte und der Gerichte ist dort eine milde gewesen und ich kann nichts weiter in Aussicht stellen, als was die Humanität der Behörden bisher schon geleistet hat. Es wird dann über die Etablirung neuer Schulsysteme geklagt, namentlich aber darüber, daß von Seiten der Bezirksbehörden besonders bei Schulbauten ohne Rücksicht auf die Finanzen der Gemeinden vorgegangen sei. In der Allgemeinheit kann ich diesen Vorwurf nicht gelten lassen; die Behörden sind über das Bedürfniß nicht hinausgegangen; wo die Finanzen der Gemeinden nicht ausreichten, ist der Staat eingetreten. In dem Berichte, den ich an Se. Majestät den Kaiser erstattete, um Gnadenbewilligungen aus dem Dispositionsfonds für Schulzwecke zu extrahiren, ist der Regierungsbezirk Oppeln weit über das Verhältniß seiner Bevölkerungszahl und seiner geographischen Größe bedacht worden. — Ich habe ferner die Fonds zur Unterstützung emeritirter Lehrer und dann der Hinterbliebenen verstorbener Lehrer sofort bedeutend erhöht und die Behörden ermächtigt, im Nothfalle davon ausgiebigen Gebrauch zu machen. Die Ziffern sind allerdings nicht sehr hoch, da ich mich innerhalb der etatsmäßigen Summen halten mußte. Ich habe der Regierung in Oppeln sofort eine Summe zur Verfügung gestellt, um solchen Schulgemeinden, welche durch den Nothstand in ihrer Prästationsfähigkeit geschwächt sind, über die Schwierigketten der Gehaltszahlungen an die Lehrer hinwegzuhelfen, und eine bedeutende Summe reservirt, um etwaige Nachschüsse zu leisten. Das ist wenig, aber Alles, was ich innerhalb des Etats leisten konnte. Ich hoffe, das Haus wird daraus die Ueberzeugung entnehmen, daß es an gutem Willen von meiner Seite nicht fehlt, alles dasjenige zu thun, was dem Nothstande abhelfen kann. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Scheklwitz bemerkt, daß er sich nur deshalb gegen den Entwurf habe einschreiben lassen, weil er mit der Begründung desselben in manchen Punkten nicht einverstanden sei. Zunächst müsse er sich aber mit einigen Bemerkungen des Vorredners v. Hüne beschäftigen. Was derselbe über „Schnaps" und „Wucher" gesagt, sei richtig. Unrichtig sei aber, daß der Wucher erst nach den sogenannten Wuchergesetzen hervorgetreten, es seien vielmehr die traurigen Folgen des Wuchers vor diesen Gesetzen ganz in demselben, ja in höherem Maße als nachher vorhanden gewesen. Nicht einverstanden sei er mit den Anführungen des Vorredners über die polnische Sprache; im Gegentheil sei hierin mit ein Grund zu finden, weshalb die Bevölkerung in den Nothstandskreisen in Bildung und Intelligenz zum Theil zurückgeblieben. Es liege das in der Natur der Sache, weil ihre Sprache eine von der hochpolnischen verschiedene und hierdurch die Bevölkerung in eine vollständige Isolirung gekommen sei. Was die Gemeinheitstheilungen anlange, so habe er sich gerade wegen dieses Punktes zum Wort gemeldet. Der Herr Finanzminister habe nämlich in der vorigen Sitzung geäußert: „daß in den Kreisen Rybnik, Pleß, Gleiwitz die Zusammenlegungen noch kaum versucht seien und daß diejenigen Theile dieser Kreise, welche separirt, ein Minimnm gegenüber der noch zu separirenden Fläche ausmachten." Wenn er nun auch glaube, daß der Herr Finanzminister hierdurch den betreffenden Behörden kein n Vorwurf habe machen wollen, so sei eine solche Auffassung doch zulässig und in der That in einigen Zeitungen bereits hervorgetreten. Einer solchen Auffassung möchte er entgegentreten. Eine Zusammenlegung sei nur auf Grund eines gehörig motivirten Antrags zulässig, in der Regel gehöre hierzu die Zustimmung der Majorität nach Fläche und Reinertrag des Grundbesitzes und eine solche Majorität sei bei einer noch wenig vorgeschrittenen Bevölkerung schwer zusammenzubringen.

Die General-Commission sei daher noch gar nicht in der Lage gewesen, Separationen einzuleiten. Aber auch abgesehen hiervon, sei die noch nicht separirte Fläche keineswegs identisch mit der „noch zu separirenden". Denn in einem großen Theile der hier in Rede stehenden Kreise existiren viele Feldmarken, in denen durch eine Zusammenlegung keine wesentliche Verbesserung herbeigeführt werden könne, weil schon gegenwärtig jeder bäuerliche Wirth nur ein Grundstück besitze, welches sich von seinem Hof aus bis an die Grenze der Feldmark erstrecke. Uebrigens müsse man sich überhaupt nicht der Illusion hingeben, daß durch Zusammenlegungen allein eine Verbesserung der Zustände in den Nothstandskreisen herbeigeführt werden könne; es müsse vielmehr Fleiß und Intelligenz der Grundbesitzer hinzutreten, wenn durch eine Separation ein bald hervortretender Nutzen herbeigeführt werden solle. Er habe nun ferner aus den Zeitungen ersehen, daß bei der Conferenz, welche in Oppeln zwischen den Ressortministern und betreffenden Behörden stattgefunden, große Klage über die Höhe der Separationskosten geführt worden. Wenn die Zeitungen richtig referirt, so müsse er hiergegen bemerken, daß diese Klage wohl früher begründet gewesen sein möge, daß sie aber nach Erlaß des Gesetzes über das Kostenwesen in Auseinandersetzungssachen vom 24. Juni 1875 völlig unbegründet sei und daß im Gegentheil jetzt seitens der Ministerien schon Bedenken darüber erhoben werden, daß diese Kosten jetzt zu niedrig bemessen seien. Unter den verschiedenen falschen Gründen, die für die Zustände in Oberschlesien angegeben worden, sei ihm der in einem Bericht, welchen die „Nordd. Allg. Ztg." gebracht, daß nämlich auch „die Gesetzgebung von 1849, welche die Theilbarkeit des bis dahin geschlossenen bäuerlichen Grundbesitzes gestattet", hieran mit Schuld trage, — besonders aufgefallen, da bekanntlich diese Theilbarkeit schon durch die Gesetzgebung von 1807 und 1817 eingeführt worden.

Wenn übrigens als Grund des Nothstandes auch die schlechte Bodenbeschaffenheit der betroffenen Kreise mit angeführt werde, so sei das nicht richtig. Auch in den Regierungsbezirken Breslau und Liegnitz befänden sich Kreise, die mit den Nothstandskreisen bezüglich der Bodenbeschaffenheit auf gleicher Stufe resp. noch geringer seien. Die Kreise Hoyerswerda und Polnisch-Wartenberg seien durchaus nicht besser als der Kreis Lublinitz, die Kreise Rybnik und Pleß ständen in ihrer Bodenbeschaffenheit entschieden höher. Die Kreise Ratibor und Cosel, soweit sie auf dem linken Oderufer gelegen, gehörten mit zu den besten und hier könne der Nothstand überhaupt nur eine Folge der durch Ueberschwemmung und Regen vernichteten Ernte sein. Auf eine baldige Aenderung der Zustände in den eigentlichen Nothstandskreisen solle man sich dagegen keine Hoffnung machen. Bevor nicht durch eine sorgfältige Erziehung ein höherer Grad von Bildung und Intelligenz herbeigeführt worden, werde vollständige Abhilfe nicht geschaffen werden. Ein großes Bedenken liege in der Schwierigkeit richtiger Vertheilung der Unterstützungen. Unterstützung über das nothwendige Bedürfniß hinaus würde dort großes Verderben sein. (Sehr richtig!)

Abg. Dr. v. Stablewski: Vom Ministertische sind heute Worte gefallen, wie wir sie im Hause lange nicht gehört haben. Gleichwohl sollen neue Niederlassungen unserer Krankenpflegeorden nicht gestattet werden; es besteht also ein Gesetz, welches verbietet, den Sterbenden Hilfe zu bringen. Für die in Aussicht gestellten Erleichterungen für die geistlichen Krankenpfleger sind wir dem Minister sehr dankbar, eben so für seine Zusicherung einer milden Handhabung der bestehenden Gesetze. Früher freilich war es anders; ich erinnere nur an den Fall, wo ein von unserem Erzbischof von Ledochowski zur Aushilfe während einer Choleraepidemie gesandter Priester vom Staatsanwalt unter Anklage gestellt und verurtheilt wurde. Wir Polen beabsichtigten ursprünglich selbst eine Nothstandsvorlage für Oberschlesien einzubringen, haben es aber unterlassen, um nicht den Schein zu erwecken, als wollten wir aus dem Nothstand politisches Capital schlagen. Wir sind ja in unseren parlamentarischen Zuständen leider dahin gekommen, daß man nicht mehr fragt, was Jemand beantragt, sondern wer es beantragt. Wir freuen uns, daß die Regierung zu der Erkenntniß gekommen ist, daß auch Preußen sein Irland hat. Die Frage des Nothstandes in Oberschlesien ist eine Frage des Pauperismus und nicht mit Palliativmitteln zu lösen. Mit der Vorlage im Allgemeinen sind wir einverstanden, nehmen aber an einzelnen Punkten Anstoß. Namentlich befürchten wir, es möchte bei der Wiedereinziehung der staatlichen Darlehen sich das Verfahren von 1847 wiederholen, wo die rücksichtslos geforderte Rückzahlung mehrfach Subhastationen im Gefolge hatte. Die Ursachen des Nothstandes liegen viel tiefer, als in der vorjährigen Mißernte, sie liegen auch nicht in der sogenannten Indolenz des oberschlesischen Volkes. Wie will man überhaupt über ein Volk absprechen, das man nicht kennt, dessen Sprache man nicht mächtig ist? Giebt es doch verschiedene Ihnen wohlbekannte oberschlesische Namen, deren Träger sich aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln so emporgearbeitet haben, daß der deutsche Adel es nicht unter seiner Würde fand, sich seine Wappen mit ihrem Golde vergolden zu lassen.

Einer der Hauptgründe des Nothstandes sind die oberschlesischen Latifundien, von denen einzelne, wie der gräflich Renard'sche Besitz, von der österreichischen bis zur russischen Grenze sich hinziehen, ferner der Mangel eines begüterten Bauernstandes. Früher stand der oberschlesische Bauer ganz anders da. Er genoß meist Naturalverpflegung und wurde nicht von seinem Herrn, wie es jetzt geschieht, entlassen, wenn er nicht in dessen Sinne wählte. Der oberschlesische Bauer ist schlimmer daran als der irische; der letztere schlachtet wenigstens alljährlich in Schwein, die Nahrung des oberschlesischen aber besteht fast nur aus Kraute und Kartoffeln mit etwas ranzigem Fett. Die Oberamtmänner an der Spitze der großen Besitzungen stehen der Bevölkerung nach Abstammung, Sprache und Interessen meist fremd gegenüber und betrachten das Gut lediglich als ökonomisches Object; die Verwalter bereichern sich an den Tantièmen, und der Drescher kommt auf kaum 30—40 Pfennige per Tag. Die Verhältnisse des oberschlesischen Bauern sind so traurig und desperat, daß selbst das Leben der Neger unter den Sklavenhaltern ein besseres war. (Oho! rechts.) Der Abg. Schellwitz sagte, Wucher und Schnaps seien an dem Nothstande hauptsächlich schuld; das ist richtig, aber eben so richtig, daß beides in den Händen der Juden liegt. Deshalb haben sich in einigen Kreisen die Großgrundbesitzer auch das Wort gegeben, keinem Juden die Errichtung einer Kneipe zu gestatten. Unter dieser Klasse finden sich auch die eifrigsten Culturkämpfer, die ein Interesse daran haben, daß die gegenwärtigen Zustände fortdauern. In Betreff der Sprachverhältnisse constatire ich, daß die oberschlesische Sprache rein slavischer Abstammung, daß sie eine rein polnische, vom Polnischen jedenfalls nicht so verschieden ist wie etwa das Plattdeutsche vom Hochdeutschen.

Ich freue mich, in diesem Hause wenigstens den Vorwurf nicht gehört zu haben, zu dem sich ein Theil der Presse hergab und der in ganz Oberschlesien einen Schrei der Entrüstung hervorrief, den Vorwurf, der Clerus habe die Noth verschuldet und ausgebeutet. Wer hat geholfen und getröstet, wo er konnte, wer die socialistische Propaganda niedergehalten, wer die Bevölkerung von Ausbrüchen der Verzweiflung abgehalten, wenn nicht der katholische Clerus? Man hat uns Verbesserung der Schulverhältnisse

in Aussicht gestellt; ich hoffe, daß sich hier nicht das trostlose Experiment wiederholt, daß die Kinder in einer ihnen unverständlichen Sprache unterrichtet werden. Die meisten Analphabeten sind Waisen, die überhaupt keine Schule besucht haben, weil sie schon mit 8 oder 9 Jahren in Dienst geschickt wurden, oder es fehlte an den Mitteln zur Bekleidung oder Anschaffung der Bücher, und dadurch wurde der Schulbesuch unmöglich. Wir sind für eine Verbesserung der Schulverhältnisse sehr dankbar, aber man muß wirklich bilden und nicht blos germanisiren wollen.

Abg. v. Meyer (Arnswalde): Auch ich will mich so wenig wie der Abg. Schellwitz gegen die Nothstandsgefühle im Allgemeinen aussprechen, obgleich ja sie auch vielleicht etwas an Uebertreibung leiden, ebenso wie es damals beim Nothstand in Ostpreußen war. Indessen das Thema ist unpopulär, ich liebe derartige Themata nicht und werde sie daher nicht verhandeln. Ich wende mich eigentlich nur gegen eine specielle Bestimmung des Gesetzes, das ist die des § 3, worin den Kreisausschüssen der sechs betreffenden Kreise eine sehr weit gehende Vollmacht gegeben wird. Es werden ihnen nämlich die Mittel zur Beschaffung von Viehfutter u. s. w. zur Verwendung nach pflichtmäßigem Ermessen überwiesen, allerdings mit dem Zusatze: „nach näherer Bestimmung der im § 2 genannten Minister". Also das Geld vertheilen die Kreisausschüsse nach den Instructionen, die ihnen die Minister geben werden. Dann aber heißt es weiter: „Die Kreisausschüsse beschließen selbstständig darüber, ob die Empfänger eintretenden Falls wegen Leistungsunfähigkeit von der Ersatzpflicht zu entbinden sind." Haben sie keine Instructionen von den Ministern zu erwarten, da sind sie ganz souverän. Das ist das erste Mal, daß eine Behörde wie der Kreisausschuß eine solche Vollmacht erhält, über Staatsgut zu disponiren. Ich halte das prinzipiell nnd praktisch für im hohen Grade bedenklich. Die Ansichten der Kreisausschüsse werden ja natürlich verschieden sein, der eine geht vielleicht so weit, Alles zu erlassen; glauben Sie denn, daß die anderen fünf dahinter zurückbleiben werden? Die erlassen auch Alles. Es wird ein förmliches Rennen entstehen unter den sechs Kreisausschüssen, wer das Meiste erläßt. So sehr ich für die Selbstständigkeit der Kreisausschüsse bin, so halte ich es doch auch für zweckmäßig, sie unter eine wohlthätige Controle zu stellen. Ich muß sagen, wenn mir als Vorsitzendem eines solchen Kreisausschusses eine so unbedingte Vollmacht gegeben würde, würde mir der Angstschweiß ausbrechen. (Heiterkeit.) Ich empfehle der Budgetcommission, darüber nachzudenken, wer zweckmäßiger Weise die Controle darüber zu führen habe; dies sollte meines Erachtens die Regierung sein, die ist aber unpopulär. Dann muß es also der Regierungspräsident sein; daß aber überhaupt eine Controle stattfinde über die Befugniß, solche Gelder im Namen des Staates zu erlassen, scheint mir unerläßlich.

Abg. Virchow: Die Behandlung dieser Angelegenheit ist hier nicht überall mit der Ruhe und Unbefangenheit geführt worden, welche erforderlich ist, um den Ursachen des Nothstandes entgegenzutreten. Man hat über das Bedürfniß hinaus Polonismus und Culturkampf hineingetragen. Meine Ausführungen beruhen auf alten Erinnerungen und man hat mir geschrieben, daß es in Oberschlesien jetzt genau noch so ist als zu der Zeit, wo ich meine kleine Monographie darüber schrieb. Das gilt zunächst von der Wucherfrage, die der Abg. v. Hüne mit dem Nothstand in Verbindung gebracht hat. Natürlich, denn die Ultramontanen wollen ja durch Wiedereinführung der Wuchergesetze helfen. Aber ein Commissionsbericht dieses Hauses vom Jahre 1851, also zur Zeit, als die Wuchergesetze noch bestanden, constatirt für Oberschlesien denselben Mißstand, den man heute beklagt. Gerade um den heimlichen Wucher zu vermindern, hat man die Wuchergesetze aufgehoben. Der Finanzminister hat gegen den Wucher verschiedene dunkle Drohungen ausgesprochen. Er sagte, wie er denselben beseitigen wolle, darüber enthalte er sich billig jeder Bemerkung. Billig war das allerdings (Heiterkeit), aber es wäre besser gewesen, uns von seinen Intentionen in Kenntniß zu setzen. Mit Strafbestimmungen wird man dieses Uebel jedenfalls nicht beseitigen, es wird fortbestehen, bis man die Leute entweder wohlhabend macht oder für ihr Creditbedürfniß andere Anstalten schafft. Es muß den bisherigen Regierungrn jedenfalls der Vorwurf gemacht werden, daß sie diesen Landstrich vernachläßigt haben, denn schon 1847/48 wurden die Befürchtungen ausgesprochen, daß die Nothstände sich dort wiederholen würden, und trotzdem ist seither nichts zur Aenderung der Verhältnisse geschehen. Der Culurkampf hat allerdings dort manches Unerfreuliche geschaffen.

Ich freue mich nicht über die staatskatholischen Pfarrer, die man den Leuten bis an das Sterbebette zur Darreichung der Sacramente aufzwingt und ich wünschte, daß hierin Abhilfe geschehe. (Abg. Windthorst: Wollen Sie es nicht beantragen?) Ich habe die Maßregel nicht beantragt (Abg. Windthorst: Aber beschlossen!), es ist auch nicht meine Sache, ihre Aufhebung zu beantragen, sondern überlasse die Aufhebung der Initiative der Staatsregierung, welche die Sache besser übersieht. Ich werde aber meine Stimme für die Aufhebung geben (Beifall im Centrum), ich thue das ja schon jetzt. Das sind aber untergeordnete Momente (Widerspruch im Centrum), natürlich, wir wollen zunächst nicht, daß die Leute sterben, sondern daß sie leben, es handelt sich jetzt weniger um Sterbesacramente, als um Lebensmittel. (Heiterkeit.) Auf die Weiterverbreitung des Typhus wird sich die Regierung wenigstens theoretisch vorbereiten müssen, obwohl wir dieselbe nicht mit derjenigen Gewißheit voraussagen können, wie es der Abg. von Hüne that, dazu sind wir über die causalen Momente der epidemischen Verbreitung des Typhus noch nicht genügend unterrichtet. Der Regierung wird also die Frage der Einrichtungen und Personen in Erwägung ziehen müssen. In Bezug auf die Personen hat der Minister schon erklärt, daß er eine möglichst milde Praxis handhaben wolle, ich möchte aber noch eine diesbezügliche Frage an ihn richten. Nach § 2 des Ordensgesetzes haben die Minister des Innern und des Cultus die Befugniß, den sich mit Krankenpflege lediglich befassenden Orden die Aufnahme neuer Mitglieder zu gestatten. (Lebhafter Widerspruch im Centrum.)

Ich würde es nicht den Intentionen des Gesetzgebers für entsprechend erachten, wenn man die Aufnahme eines jeden einzelnen Mitgliedes von der Genehmigung der Minister und dem Wohlwollen einer Reihe von Zwischeninstanzen abhängig machte. Vielmehr wünschte ich namentlich in Rücksicht auf die oberschlesischen Verhältnisse, daß einzelnen Orden vielleicht innerhalb einer beschränkten Zahl die generelle Erlaubniß zur Aufnahme neuer Mitglieder gegeben werde. Obwohl die Orden für Krankenpflege in manchen anderen Ländern sich etwas der Propaganda dienstbar erwiesen haben, so kann man diesen Vorwurf gegen sie in Preußen nicht erheben. Ich habe unter den mannigfachsten Umständen mit Mitgliedern solcher Orden zusammengewirkt und kann keine Klage über sie erheben. Es giebt doch aber auch noch andere Krankenpfleger, als katholische, und es liegt nicht in den sanitätspolizeilichen Verpflichtungen der Regierung, jedem Kranken einen Pfleger seiner Confession zu bestellen. L'appetit vieut en mangeant. Haben Sie erst nur katholische Krankenpfleger, dann wollen Sie auch nur katholische Aerzte u. s. w. Daß die Lebensmittel in den Formen der öffentlichen Armenpflege und von Organen derselben, den öffentlichen Armenverbänden, vertheilt werden sollen, halte ich für keinen glücklichen Gedanken. Dieselben sind zu sehr gewohnt, sich in harten und nothwendig engen Grenzen zu bewegen. Viel besser werden dazu die Frauenvereine und die aus einer Verbindung von officiellen Organen mit Privatleuten hervorgegangenen Nothstands-Comites geeignet sein, die einen weiteren Blick haben und deren Mittel durch die in Folge der eintretenden Staatshilfe erlahmende Privatwohlthätigkeit nicht mehr so reichlich sein dürften, als bisher. Diese Comites dürften sich in Folge ihrer vorzüglichen Local- und Personenkenntnisse auch am besten dazu eignen, diejenigen Leute herauszufinden, die von dem Nothstande profitiren wollen und sich künstlich in einen solchen versetzen. Das thuen meiner Meinung nach sogar jetzt ganze Landestheile, die sich ohne Bedürfniß an die Hilfe des Ministeriums wenden. Die Hauptaufgabe der Regierung wird sein müssen, die Wiederkehr ähnlicher Nothstände in Oberschlesien zu verhindern.

Ich behaupte noch immer, daß die Hauptursache derselben nicht in der angeborenen, der dortigen Race eigenthümlichen, wohl aber in einer durch mangelhafte Erziehung ihr eigenen Indolenz liegt. Im Jahre 1851 klagte ein anderer Abg. v. Stablewski als der heutige über die mangelnde Fürsorge der Regierung für die dortigen Schulen. Dieser Mißstand ist allerdings in letzter Zeit sehr gemildert worden, aber immerhin fehlen dort nach der „Schlesischen Schulzeitung" noch jetzt 350 Lehrer; also sind, wenn man nach dortigen Verhältnissen auf einen Lehrer 80 Kinder rechnet, 28,000 Kinder ohne allen Unterricht. Diese Zahl wächst bedeutend, wenn man bedenkt, daß der Unterricht in allen Klassen mit 80 Kindern für alle ein gedeihlicher nicht sein kann. In der Beseitigung dieses Mißstandes müssen wir das Ministerium unterstützen. Derselbe kommt daher, daß nach der jetzigen Kreisordnung nicht prästationsfähigen Gemeinden die Schullasten aufgebürdet sind und daß man die von uns angestrebte Bildung prästationsfähiger Gesammtgemeinden für diesen Zweck versäumt hat. Das ist lediglich zum Nutzen der Großgrundbesitzer ausgefallen, die von den Schullasten der Gemeinden befreit sind, während ihre Leute die Vortheile der Schulen genießen. Eine Petition aus dem Jahre 1878 führt dies namentlich für die Besitzungen des Fürsten v. Pleß aus. Hier ist der Grundsatz „Noblesse oblige" nicht sehr anwendbar, denn die Großgrundbesitzer gleichen nicht durch Spontaneität die zufällig zu ihren Gunsten lautende gesetzliche Bestimmung aus. In dieser materiellen Zeit ist der Egoismus in diesen Kreisen ebenso groß wie der der schnapsschänkenden Juden. Treffen wir hier nicht eine Aenderung unserer Kreisordnung, zu welcher ja sonst unsere jetzigen Minister so gern bereit sind, so kann leicht unser Schuletat furchtbar anschwellen. Wir können doch aber nicht zur Entlastung von einzelnen Grafen und Fürsten den verderblichen Weg der Anleihen weiter gehen. Ich habe die gewaltsame Germanisirung jener Gegenden schon 1848 bekämpft und nachgewiesen, daß deutsche Lehrer dort eher polnisch lernen, als die polnischen Kinder deutsch.

Der Elementarunterricht muß dort, um zum Verstande und Herzen des Kindes zu dringen, in der polnischen Muttersprache ertheilt werden, jedoch darf es nicht die Schule verlassen, ohne deutsch gelernt zu haben. Das ist sehr gut möglich und dadurch werden der dortigen Bevölkerung geistige und materielle Hilfsmittel geschaffen; das braucht aber nicht in der pedantischen Weise unserer Seminarlehrer und nicht lediglich im Interesse der Germanisirung zu geschehen. Die außerordentliche Fruchtbarkeit der dortigen Bevölkerung, die fast über die Gebühr hinausgeht (Heiterkeit), schafft ein solches Angebot von Arbeitskräften, daß bei fast gleichen Lebensmittelpreisen wie in anderen Landestheilen, dort die Löhne unverhältnißmäßig herabgedrückt werden, so daß sie an manchen Orten und in manchen Jahreszeiten auf 20 Pf. pro Tag sinken. Zur Hebung der Löhne wird auch die neue Zollpolitik bei dieser Dichtigkeit der Bevölkerung nichts helfen. Selbst wenn in Folge derselben das oberschlesische Eisen etwas theurer wird, wird die Großmuth der oberschlesischen Grubenbesitzer bei der Concurrenz des Arbeitsangebots nicht die Löhne erhöhen. Die Regierung wird sogar die Frage erwägen müssen, ob nicht die königlichen Werke mit einer spontanen Lohnerhöhung vorangehen müssen. (Ruf rechts: Schon geschehen!) Eine Besserung dieser Verhältnisse ist nur von einer Beförderung der Auswanderung zu erwarten, so daß ein Theil der Leute, statt wie bisher vorübergehend, künftig dauernd auswärts Beschäftigung finden. Dazu ist aber die deutsche Sarache absolut nothwendig. Es muß gegen den katholischen Clerus in Oberschlesien der Vorwurf erhoben werden, daß er seinen früheren, fast souveränen Einfluß auf die Schule nicht genügend dazu angewendet hat, das Volk geistig zu wecken. (Abg. Dr. Franz: Das hat er gethan; ich werde es Ihnen nachweisen!)

Dann werde ich Ihnen durch Redner Ihrer eigenen Partei nachweisen, daß er es nicht gethan hat. Erst in neuerer Zeit hat der Staat hierin etwas thun müssen. Der Finanzminister hat in dankenswerther Weise manche erwägenswerthe Punkte angeregt, in denen der dortigen Bevölkerung dauernd zu helfen wäre. Er hat aber die Oderregulirung nicht berücksichtigt, trotzdem die Ueberschwemmung den Nothstand meist mit verursacht hat und diese Gefahr in den letzten Wochen wieder gedroht hat. Man versteht nun bei uns unter Stromregulirung nur Schiffbarmachung und betrachtet diese in dortiger Gegend für abgeschlossen. Für die Schifffahrt kann aber Manches günstig sein, was für das Land ungünstig ist, und man muß erwägen, welches Interesse die Berücksichtigung mehr verdient. Ohne eine Regulirung der Oder zur Verhütung von Ueberschwemmungen wird die Drainage allein nichts nützen. Ja ich glaube, daß die Regierung aus demselben Grunde mit Oesterreich in internationale Verhandlungen wegen Regulirung der oberen Weichsel eintreten muß. Der Eisenbahnbau ist für die dortigen Gegenden gewiß nothwendig, die von dem Finanzminister vorgeschlagenen Linien berühren die Nothstandsbezirke nur theilweise, denn nach statistischen Belegen beschränkt sich der eigentliche Nothstand auf die Kreise Rybnik und Pleß und deren nächste Umgebung. Die vorgeschlagene Linie Oppeln-Neisse mit ihrer Zweigbahn Cziekau-Grottkau ist eine alte Seeschlange. Drei Grafen hatten einstmals die Concession und bauten ein Planum, dann ging ihnen trotz großer Wälder, Besitzungen und industrieller Etablissements der nervus rerum aus. Hierdurch scheint der Minister auf den Gedanken gebracht zu sein, daß diese Bahn mit dem oberschlesischen Nothstand zusammenhänge. Dieser private Nothstand ist aber kein öffentlicher, der Staatshilfe erfordert. Auch die Linie Creutzburg-Tarnowitz berührt die eigentlichen Nothstandskreise nicht.

Viel empfehlenswerther scheint mir, obwohl ich noch nicht abschließend urtheilen will, eine Linie Rybnik-Loslau-Annaburg zu sein, die die directen Nothstandskreise mit Oesterreich und Rußland verbindet und durch die Aufschließung großer Kohlen- und Schwefelwerke der dortigen Bevölkerung ein weites Arbeitsfeld zu schaffen geeignet ist. Ich hätte gewünscht, daß der gleiche Eifer, wie jetzt für die Aufbesserung der oberschlesischen Localverhältnisse, schon seit länger im Ministerium geherrscht hätte. Namentlich scheint mir das landwirthschaftliche Ministerium dort nicht die geeigneten Organe zu haben und sich zu sehr auf die landwirthschaftlichen Vereine zu verlassen. Wäre es rechtzeitig von der dortigen Kartoffelmißernte unterrichtet gewesen, dann hätte früher entweder die Kartoffelzufuhr dorthin veranlaßt oder die Kartoffelausfuhr von dort beschränkt werden müssen. Nichts von dem ist geschehen, aber hoffentlich wird es in Zukunft anders. Auch der Landtag wird sich durch jährliche Nachweise des Ministeriums stets davon überzeugen müssen, ob letzteres seine dortigen Aufgaben genügend verfolgt und löst. Dem vereinigten Bemühen muß es gelingen, den Bewohnern eines sonst von der Natur mannigfach gesegneten Landstriches günstigere Verhältnisse zu schaffen. (Lebhafter Beifall links.)

Cultusminister v. Puttkamer: Der Vorredner hat aus dem § 2 des Gesetzes, betreffend die geistlichen Orden, gefolgert, daß die Minister des Innern und des Cultus das Recht hätten, den mit Krankenpflege sich beschäftigenden Orden generell die Aufnahme neuer Mitglieder zu gestatten. Das muß ich verneinen. Es ist die Absicht des Gesetzes gewesen, die Aufnahme jedes einzelnen neuen Mitgliedes von der ministeriellen Genehmigung abhängig zu machen. (Abg. Windthorst: Nein!) Wenn man den Zweck des Gesetzes, eine wirksame Controle zu üben, überhaupt billigt, kann man ihm einen anderen Sinn nicht unterlegen. Was den in Oberschlesien herrschenden Lehrermangel betrifft, so ist die Zahl der vacanten Stellen nicht 350, sondern nur 250, und es sind nicht, wie der Vorredner berechnete, 28,000 Kinder ohne Unterricht, sondern trotz des Lehrermangels ist durch Halbtags-Unterricht einigermaßen für den Unterricht gesorgt. Schon seit Jahren ist die Verwaltung bemüht gewesen, diesem Mißstande abzuhelfen: in Schlesien sind vier provisorische katholische Schullehrer-Seminare gegründet, um dem Mangel abzuhelfen; die Besserung schreitet fort und bald wird der Mangel in Oberschlesien, wie in der ganzen Monarchie verschwunden sein. Was die Verhältnisse der Grundbesitzer zu den Elementarschulen angeht, so bin ich im Augenblicke nicht mit actenmäßigem Material versehen; aber ich kann mittheilen, daß nach dem katholischen Schulreglement von 1801 den Gutsherrschaften den katholischen Elementarschulen gegenüber eine sehr weit gehende Unterhaltungspflicht obliegt; ein Landtagsabschied von 1829 hat diese Verpflichtung auch auf die evangelischen Elementarschulen ausgedehnt. Durch rechtskräftiges Erkenntniß des Obertribunals ist aber diese Verpflichtung der Grundbesitzer den evangelischen Schulen gegenüber als nicht bestehend anerkannt worden. Wenn die Gutsbesitzer also für die evangelischen Schulen keine Leistungen übernehmen, so muß dies lediglich ihrem rechtlichen Ermessen überlassen werden. Uebrigens will ich zur Steuer der Wahrheit hinzufügen, daß die fürstlich Pleß'sche Verwaltung dem Vorredner wahrscheinlich eine lange Liste der Prästationen vorlegen könnte, welche für die Schule gemacht werden. Was den Unterricht in der deutschen Sprache angeht, so erkläre ich, daß ich mir keine preußische Unterrichtsverwaltung denken kann, welche nicht dafür sorgt, daß jedes Schulkind die deutsche Sprache ausgiebig und vollständig erlernt. (Beifall.)

Finanzminister Bitter: Der Abg. Virchow hat angedeutet, daß die Eisenbahnlinie Oppeln-Neisse lediglich im Interesse von Privatpersonen gebaut werden solle. Diese Voraussetzung ist absolut unbegründet; die Linie, um die es sich handelt, ist im Provinzialausschuß und auf der Conferenz in Oppeln als eine dringend wünschenswerthe anerkannt worden, weil sie durch die armen Districte des Kreises Oppeln geht. Der Abg. Virchow meinte dann, ich hätte in Bezug auf die Wucherfrage eine Drohung ausgesprochen. Ich habe allerdings davon gesprochen, daß es sich zur Evidenz gezeigt habe, daß in den dortigen Landestheilen die Wucherer ein unzerreißbares Netz über die Bevölkerung ausgebreitet haben; dagegen müsse eingeschritten werden, indem man die wirthschaftliche Lage der Bevölkerung, namentlich die Creditverhältnisse verbessert. Ich glaube kaum, daß man in meinen Worten irgend eine Drohung finden kann. Das Einzige, was ich dem Abg. Virchow zugestehen kann, ist, daß ich statt „billig" „billigerweise" hätte sagen können. (Beifall rechts.)

Abg. Loewe (Berlin) tritt als Gegner der Vorlage auf, natürlich nur in einem enge beschränkten Sinn, denn in der Hauptsache ist er nicht nur kein Gegner der Vorlage, sondern er beklagt es, daß sie nicht schon sehr viel früher eingebracht ist im unvortheilhaften Gegensatz zu der ungemeinen Raschheit, mit der die französische Regierung einem viel mäßigeren Nothstande durch eine Creditforderung begegnete. Der Minister hat die Anlage der Eisenbahn Oppeln-Neisse damit motivirt, daß der Provinzialausschuß sie für nöthig halte. Im Provinzialausschuß aber sitzen hauptsächlich die dabei interessirten Herren. Ich hoffe, der Minister wird in der dritten Lesung genaue Auskunft darüber geben, welche Kreise unter den Nothstand fallen, dem allein durch dieses Gesetz abgeholfen werden soll. Es scheint, daß neben der im Reich herrschenden Interessenpolitik eine Landespolitik gehen soll, welche bei dieser so betrübenden Gelegenheit wieder nur den Zweck verfolgen soll, gewissen interessirten Kreisen unter die Arme zu greifen.

Der Minister hat an Versprechungen so viel geleistet, wie wohl noch keiner seiner Amtsvorgänger; aber auf die Dauer wird mit allen seinen Vorschlägen dem Elend nicht abgeholfen. Die Kornzölle haben schon im vorigen Quartal die Preise erhöht, da die Speculation damit rechnete. Der Nothstand herrscht nur in den agrarischen Kreisen; darum müßte die Regierung für das Aufblühen der Industrie in geeigneter Weise sorgen. Dazu gehört, daß man ihr große Exportwege schafft; das geht aber nicht, wenn man an den Grenzen Schlagbäume für den Import aufstellt. (Sehr richtig! links. Gelächter rechts.) Das ist so selbstverständlich, daß, wenn Sie es leugnen, Sie sich selbst das Zeugniß Ihrer Qualification ausstellen. Sie halten dies vielleicht für Reichspolitik; aber ich folge damit nur der Taktik der Regierung, welche bei einer Maßregel, die von Landes wegen erfolgen soll, zum Theil nur mit Phrasen auf Dinge hingedeutet hat, die nur von der Reichsgesetzgebung abhängig sind. (Rufe: Wucher!) Der Minister hat sich die Aufgabe nicht schwer gemacht, wenn blos Licht durch die Maschen des vom Wucher gezogenen Netzes dringen soll. So wichtig aber wie es ist, daß die Regierung in geeigneter Weise dem Uebel des Wuchers abhelfe, so muß sie vor Allem darauf hinwirken, daß die wirthschaftlichen Maßregeln eintreten, bevor die Nothstände wieder zu einer so unheilvollen Höhe anschwellen. Ein hauptsächlicher Grund des Verfalls der römischen Campagna liegt in dem großen Latifundienbesitz, weil der große Besitzer nur die seinem persönlichen Interesse dienende Art der Bewirthschaftung zuläßt. So steht es auch bei dem Fürsten von Pleß. Er könnte einen sehr schwunghaften Bergbau betreiben, meint aber, daß dieser seinen Kindern und Kindeskindern 10- oder 100fachen Gewinn bringen könnte, und unterläßt es deshalb den Bergbau in Angriff zu nehmen. Die Bevölkerung verlangt aber jetzt schon nach Arbeit, weil sie diese auf agrarischem Gebiet nicht findet. Die Regierung möge ihr Augenmerk darauf richten, ob hier nicht die Gesetzgebung geändert werden kann. Es ist dann noch eine Frage in die Debatte geworfen. Seitdem die socialdemokratischen Agitationen nicht mehr die Hefe des Volkes aufregen, hat man auf andre Weise für Belustigung und Anreizung des Janhagels gesorgt; ich habe aber nicht geglaubt, daß diese Bestrebungen, wenn auch nur in Zwischenbemerkungen auf die Tribüne des Hauses gebracht würden. Der Abg. v. Stablewski hat davon gesprochen, daß die jüdischen Schänker zur Vergiftung des Volkes beitragen. Nicht der Charakter der Juden als Schänker macht die Demoralisation, sondern der Charakter der Schänken als eigentlicher Punkt des Haupt-Interesses für die wirthschaftliche Ausnutzung des großen Besitzes. Jude und Christ werden als Schänker in gleichem Maße für den Absatz des Schnapses sorgen.

Ich bedauere, daß ein Bruchtheil der Deutschen jüdischer Confession in diese Verhältnisse gedrängt ist, durch die Taktik ihrer Vorfahren; aber werden dadurch, daß Sie die Einzelnen für die Schäden verantwortlich machen, die Schäden gebessert werden, oder denken Sie, daß es für die jüdischen Capitalisten verlockend ist, die vielleicht bereit wären, ihre Capitalien in die Industriebezirke Oberschlesiens hineinzuwerfen? Ich beklage dies umsomehr, als ich, in einer katholischen Umgebung aufgewachsen, niemals früher geahnt habe, daß der Unterschied der Confession mißbraucht werden könne. (Unruhe rechts.) Ich habe dem Centrum gegenüber nicht eine feindliche Stellung im Culturkampf eingenommen und es ihm hoch angerechnet, daß es bei jeder Gelegenheit seine heiligsten Güter vertheidigt hat. Ich halte es für unter der Würde dieses Hauses, wenn ein Mitglied sich ein Späßchen machen zu können glaubt mit Dingen, die uns heilig sind. Der Abgeordnete, auf dessen Berufsthätigkeit hier neulich angespielt wurde, hat sich durch das, was er in Bezug auf das Judenthum sagte, und was seine sonstige Meinung über confessionelle Schulen nicht sehr unterstützt, weit mehr geschadet, als jede Anspielung auf sein bürgerliches Gewerbe im Stande wäre. Ich muß solche Bemerkungen hier zurückweisen, weil es scheint, als wollte sich im Hause die Gewohnheit einbürgern, auf die Juden zu schimpfen (Große Unruhe rechts), ich meine zu sticheln. Wir wünschen, daß durch die Vorlage dem Nothstande abgeholfen werden möge. (Beifall links, Zischen rechts.)

Minister Graf zu Eulenburg: Der Vorredner hat sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß die Vorlage so spät eingebracht worden ist; eine Motivirung hat er nicht beigebracht und es würde ihm auch wohl schwer werden, zu beweisen, daß damit etwas versäumt worden ist. Nicht büreaukratische Schwerfälligkeit oder sonstige Rücksichten haben die Vorlage verzögert, sondern dies ist mit Vorbedacht und aus der Uebezeugung, der Sache dadurch zu nützen, geschehen. Ein sofortiges unvorbereitetes Eingreifen des Staates hätte einerseits die eigene Thätigkeit und Widerstandskraft der bedrohten Kreise, andererseits die Hilfe der Privatwohlthätigkeit in unerwünschter Weise lahm gelegt. Es ist von verschiedenen Seiten anerkannt und hervorgehoben worden, daß mit dem Augenblick, wo der Staatssäckel geöffnet wird, alle anderen Hilfsquellen zu versiegen beginnen. Ich bin der Meinung, daß es keinen Tadel, sondern Anerkennung verdient, wenn die Regierung erst jetzt mit der Vorlage kommt. Wenn wir in der Voraussetzung, die Noth mit den vorhandenen Mitteln bekämpfen zu können, uns getäuscht hätten, glauben Sie denn, wir hätten nicht den Muth gehabt, die nöthigen Mittel aufzubringen? Die Regierung war rechtzeitig von allen Besorgnissen unterrichtet und hat die rechtzeitige Beschaffung von Kartoffeln erwogen und den Provinzialbehörden zur Erwägung anheimgegeben. Die letzteren meinten jedoch, dazu liege kein Bedürfniß vor, die Kartoffeln könnten aus der Nähe beschafft werden. Der Abg. Virchow hat sich darüber gewundert, daß man nur von der Drainage gesprochen hat, ohne zu sagen, wo das Wasser bleiben soll; die letztere Frage ist auch in Betracht gezogen und daher handelt es sich auch nicht blos um Drainage, sondern überhaupt um die Regulirung der Entwässerung.

Freiherr v. Saurma-Ruppersdorf führt unter großem Lärm des Hauses, der ihn stellenweise gänzlich unverständlich macht, aus, daß die Regierung vollständig rechtzeitig Hilfe gebracht habe. Die Zufuhr von Kartoffeln sei des Frostes halber nicht früher möglich gewesen. Auch werde eine Art von Nothstandsschwindel getrieben, der sich namentlich dadurch kund gebe, daß zur Zeit ganz Niederschlesien von Vagabunden gereinigt sei, welche also in Oberschlesien für die Firma „Nothstand" reisen. Er, der nicht die zweifelhafte Ehre habe, Oberschlesier zu sein (Lärm) — er sei vielmehr ein gewöhnlicher Schlesier (großer Jubel) — könne das actenmäßig erhärten. Den Anführungen mehrerer Vorredner über den lächerlich geringen Verdienst von 2—4 Sgr. per Tag könne er die buchmäßige Versicherung entgegenstellen, daß der Verdienst bis zu 22 Sgr. gestiegen sei. 2—4 Sgr. Verdienst könne höchstens ein Kind oder eine Frau bezogen haben, und dazu kämen noch die Beneficien freier Wohnung und Heizung und ein gewisser Procentsatz an Getreide und sonstige Nutzungen. Zur Sache selbst ist er mit dem vom Abg. v. Meyer-Arnswalde gewünschten Amendement, daß nicht die Kreisausschüsse, sondern die Regierung über die Zurückerstattung der staatlichen Darlehne zu befinden haben soll, einverstanden, und empfiehlt dieses Amendemdnt derjenigen Commission, an die die Vorlage verwiesen werden wird.

Abg. Schröder-Lippstadt nimmt zunächst den Abg. von Stablewski gegen die Bemerkungen Löwe's über das Judenthum in Schutz, indem er dessen versöhnliche Stimmung und Toleranz hervorhebt. Dem Cultusminister gegenüber hätte er gewünscht, daß derselbe Virchow's wohlwollender Interpretation des § 2 sich angeschlossen hätte. Alle Chicanen der Unterbeamten seien auf die vom Cultusminister gegebene Interpretation des Paragraphen zurückzuführen. Redner vertheidigt sodann die Oberschlesier gegen die verschiedenen, ihnen gemachten Vorwürfe und macht Vorschläge zur Hebung des Wohlstandes der Provinz im Allgemeinen. Erst müsse man den materiellen Nothstand heben, dann könne erst von einer Hebung der Intelligenz die Rede sein. Ersteres sei hauptsächlich auch durch eine bessere Separation zu erreichen. Die Generalcommissionen würden leider jetzt als eine im Aussterben begriffene Institution behandelt und vielfach angegriffen, weshalb sich ihrer ein gewisser Marasmus bemächtigt habe. Auch sei es sehr zu bedauern, daß auch der landwirthschaftliche Minister jedem politischen Windhauche weichen müsse. Eine constante Verwaltung dieses Ministeriums müßte darauf hinwirken, daß die General-Commissionen wieder die Initiative zu Regulirungen ergreifen, wie es ihre gesetzliche Aufgabe ist. Die Löhne in den Eisenwerken und Kohlengruben seien so herabgedrückt, daß dabei die Arbeiter nicht mehr leistungsfähig bleiben. Dies wirke auch auf die agrarischen Kreise, weil die Industriearbeiter häufig aus den Agrarbezirken stammen und ihre dortigen Angehörigen mit dem Lohne unterstützen. Die Arbeiter müßten mehr Grundbesitz erwerben. Man möge namentlich zu diesem Zwecke die Abtrennung kleiner Parzellen von Fideicommissen erleichtern.

Die Discussion wird geschlossen. Persönlich bemerkt Abg. von Stablewski, daß er in seinen Auslassungen dem Abg. Löwe keine Veranlassung zu seinen Aeußerungen gegeben zu haben glaube. Abg. Löwe entgegnet, daß er nur dem habe vorbeugen wollen, daß hier im Hause dieselbe Art einreiße, die leider draußen vielfach in Uebung sei, nicht zu sagen: „Der schlechte Kerl hat es gethan", sondern: „Der Jude hat es gethan."

Die Vorlage wird darauf der Budgetcommission überwiesen.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Dinstag 11 Uhr. (Erste Lesung der Verwaltungsgesetze.)

* [Berichtigung.] Die in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom

10. d. M. vom Abg. Dr. Majunke vorgetragene Beschwerde bezog sich nicht auf das Verfahren des Oberlandesgerichtspräsidenten zu Hamm, sondern auf das des Landgerichtspräsidenten zu Dortmund.

Berlin, 12. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den bisherigen chirurgischen Assessor, Dr. med. Max Hirsch zu Magdeburg zum Medicinal-Rath und Mitglied des Medicinal-Collegiums der Provinz Sachsen ernannt; dem praktischen Arzt ꝛc. Dr. Seebohm zu Münden im Kreise Göttingen, und dem Kreis-Wundarzt Dr. med. Theodor von Mengershausen zu Celle den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

Der praktische Arzt Dr. Pitschke ist mit Belassung seines Wohnsitzes in Alsleben zum Kreis-Wundarzt des Mansfelder Seekreises ernannt worden. — Dem Realschul-Director Dr. Gustav Moritz Hermann Weck an der Königlichen Realschule zu Rawitsch ist das Prädicat „Professor" beigelegt worden.

Berlin, 12. Jan. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahm heute militärische Meldungen entgegen, empfing den Oberst-Kämmerer Grafen Redern und arbeitete mit dem Chef des Civil-Cabinets, Wirklichen Geheimen Rath von Wilmowski.

[Ihre Majestät die Kaiserin und Königin] war vorgestern in der zweiten Vorlesung des Wissenschaftlichen Vereins und dann in der letzten Abendandacht der Gebetwoche der Evangelischen Allianz anwesend. Gestern wohnte Ihre Majestät dem Gottesdienst in der Nicolaikirche bei.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] wohnte gestern dem Gottesdienst in der Nicolaikirche bei und besuchte hierauf mit Ihren Kaiserlichen und Königlichen Majestäten die Ordenskapelle im Königlichen Schlosse. Mittags um 1 Uhr begab Sich Derselbe nach Potsdam und kehrte um 4 Uhr hierher zurück. Das Diner nahm Se. Kaiserliche Hoheit mit Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzen Wilhelm bei Ihren Majestäten ein. (Reichsanz.)

⊙ **Berlin,** 12. Jan. [Reichhaushaltsetat. — Landeshaushalt für Elsaß-Lothringen. — Viehseuchengesetz. — Verfügung des Finanzministers.] Officiös wird geschrieben: Hinsichtlich der Lage des Reichshaushaltsetats ist zu bemerken, daß die Zutheilung der Specialetats an die für die Vorberathung zuständigen Ausschüsse des Bundesrathes begonnen hat und daß nach Lage der bezüglichen Arbeiten die vollständige Vorlage der Etats an den Bundesrath unverweilt zum Abschluß geführt werden wird. Jetzt sind demselben nur die ersten Etatsentwürfe für das nächste Jahr zugegangen und zwar zunächst der Etat für den Reichskanzler und die Reichskanzlei, der Etat für das auswärtige Amt und der für den Rechnungshof des deutschen Reiches. Der Etat für den Reichskanzler und die Reichskanzlei beziffert sich auf 118,870 M. (15,090 mehr als im Vorjahre). Die Mehrforderung erklärt sich theils durch die beabsichtigte weitere Anstellung von Subalternbeamten, theils durch eine Erhöhung der Position zur Remunerirung von Hilfsleistungen und der Position zur Unterhaltung des Dienstgebäudes der Reichskanzlei. Der Etat für das auswärtige Amt weist 436,780 M. als Einnahme (19,610 M. mehr als im Vorjahre), und 6,503,870 M. (167,965 M. mehr) als fortdauernde und 230,000 (140,000 M. weniger) als einmalige Ausgabe auf. Unter den fortdauernden findet man folgende Veränderung von Bedeutung. Für den Staatssecretär werden 60,000 M. statt 36,000 im Vorjahre gefordert und zwar mit Rücksicht darauf, daß das bisherige Gehalt für die mit diesem Posten verbundenen Repräsentationspflichten ganz unzureichend sei. Der bisherige Inhaber des Postens war in der Lage, alljährlich sehr erhebliche Summen aus eigenen Mitteln zuzusetzen. Unter den Veränderungen in demjenigen Theile des Etats, welcher die Consulate und Gesandtschaften betrifft, ist besonders hervorzuheben die Forderung von 33,700 M. für ein Generalconsulat in Sophia. In der Begründung heißt es, daß seit der Wahl des Prinzen von Battenberg zum Fürsten von Bulgarien dort bereits ein General-Consulat errichtet sei, dessen Kosten bisher aus dem zu solchem Zwecke bestehenden Dispositionsfonds bestritten worden sind. Neu sind ferner das Generalconsulat zu Sidney und die Consulate zu Apia und Montevideo. Bei den einmaligen Ausgaben fallen 120,000 M. für die innere Einrichtung des Botschaftshotels in Wien und 150,000 Mark für die Ausgrabungen in Olympia fort. Dagegen werden, gemäß eines Antrags des Reichstags, 30,000 M. zur Erhöhung der Subvention der zoologischen Station in Neapel gefordert. Der Etat für den Ober-Rechnungshof endlich beziffert sich auf 45 Mark Einnahme, 460,680 M. für laufende und 20,000 M. für einmalige Ausgaben. Letztere betragen 15,000 M. weniger als im Vorjahr, da für die Revision der französischen Verpflegungsgelder nur noch 10,000 M. statt wie im Vorjahre 25,000 M. erforderlich sind. Sonst finden sich in dem Etat keine wesentlichen Aenderungen. — Dem Bundesrath ist ferner die allgemeine Rechnung über den Landeshaushalt von Elsaß-Lothringen für das Jahr 1875 nebst den dazu gehörigen Specialrechnungen und den Bemerkungen des Rechnungshofes des Deutschen Reichs vorgelegt worden. — Dem Vernehmen nach steht die Einbringung des Entwurfs eines Viehseuchengesetzes beim Bundesrath unmittelbar bevor, nachdem der früher bereits ausgearbeitete Entwurf mittlerweile der Begutachtung von landwirthschaftlichen Sachverständigen unterzogen worden war. — Der Finanzminister hat eine Circularverfügung an die Präsidenten der Oberlandesgerichte und die Oberstaatsanwalte wegen der Art der Gehaltszahlung an die bei den Amtsgerichte und bei der Staatsanwaltschaft der Oberlandesgerichte und Landgerichte angestellten Beamten, sowie über die Berechnung der den Hinterbliebenen dieser Beamten zu gewährenden Gnadenbezüge erlassen. Diese Verfügung hat der Finanzminister jetzt zur Kenntnißnahme und Beachtung den Königlichen Regierungen der Finanzdirection zu Hannover und der Ministerial-, Militär- und Bau-Commission zu Berlin zugehen lassen.

Frankreich.

⊙ **Paris,** 9. Januar. [Der Marineminister. — Eine Rede Raoul Duval's. — Austernnoth.] Die Stellung des Marineministers Jauréguiberry dürfte sich ziemlich ungünstig gestalten. Nicht nur hat sich derselbe bei der Mehrheit der republikanischen Deputirten dadurch mißliebig gemacht, daß er in der bekannten Weise gegen den Deputirten A. Gent vorging. Jetzt ist von einigen radicalen Journalen ein Document aufgespürt worden, das ihm große Unannehmlichkeiten zuziehen könnte, nämlich eine Verfügung, die er vor einigen zwanzig Jahren bei einer Mission in der Senegalcolonie erlassen und wonach er als ein Anhänger der Sclaverei erscheint. Ohne Zweifel wird sich Jauréguiberry in der bevorstehenden Session sehr scharfer Angriffe von Seiten der äußersten Linken zu erwehren haben. — Die bonapartistischen Organe sprechen mit großen Lobeserhebungen und die republikanischen mit Spott von einer Rede, welche Raoul Duval jüngst in seiner Eigenschaft als Mitglied des Generalraths der Eure in Lery gehalten hat. Die eine Hälfte dieser Rede ist dem Marschall Canrobert, die andere dem Prinzen Napoleon gewidmet. Der Prinz Napoleon ist nach Raoul Duval gerade der Mann, den Frankreich braucht. Ziemlich treffend travestirt das „XIX. Siècle" den zweiten Theil dieser Rede wie folgt: „Der Kleine ist todt. Es ist das allerdings ein großes Unglück, aber im Grunde muß man es als ein wahres Glück betrachten, denn hinter dem Dicken steckt weit mehr. Er ist der Erbe des Kaiserreichs, und er weiß die Erbschaft auf merkwürdig geschickte Art zu deuten. Er bemächtigt sich der Activen und von den Schulden, Sedan u. s. w., will er nichts wissen." — In den Pariser Markthallen ist gestern eine Schreckensnachricht eingetroffen, die Kunde nämlich, daß die bedeutenden Austernparks der französischen Küste, Marenne an der Spitze, durch den Frost zerstört, die Austern sämmtlich erfroren sind. Hoffentlich ist die Sache gewaltig übertrieben, und das Unglück beschränkt sich darauf, daß die Pariser die Austern doppelt so theuer als bisher zu bezahlen haben werden. Und sie waren wahrhaftig schon theuer genug! Aber Paris ohne Austern, das ist nicht denkbar. — Die durch den Eisstoß und das Hochwasser an den Seineufern hervorgerufenen Schäden stellen sich als so große heraus, daß die für solche Unglücksfälle angewiesenen Staats- nnd Departementsgelder nicht ausreichen. Man wird also wohl von den Kammern einen außergewöhnlichen Credit verlangen müssen. Der Director der Pariser Assistance publique weist in einem umständlichen Berichte nach, daß er etwa 16 Millionen braucht, um die nothwendigsten Verbesserungen im Unterstützungswesen ins Werk zu setzen.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 13. Jan. Angekommen: Se. Durchl. Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen auf Schloß Droniowitz.

n. **Schmiedeberg,** 10. Jan. [Meteorologische Beobachtungen im Monat December.] Der verflossene Monat zeichnete sich aus durch hohen Barometerstand, niedrigen Thermometerstand und große Gleichmäßigkeit seiner Witterung bis gegen sein Ende. Der mittlere Barometerstand war 323,06''', der höchste am 23. 328''', der niedrigste am 5. 314''', Unterschied desselben 14'''. Die mittlere Temperatur des Monats war — 5,03 Gr. R., drei Grad niedriger als im vorigen Jahre. Die niedrigste Temperatur wurde am 9. beobachtet, an welchem Tage die durchschnittliche Tagestemperatur — 15 Gr. R. betrug; während in der Nacht am hiesigen Orte die niedrigste Temperatur — 17 Gr. R. beobachtet wurde, berichteten andere Orte: Gräditz bei Schweidnitz — 26 Gr., Faulbrück bei Reichenbach — 30 Gr., bei Liegnitz — 32 Gr. und von Eichberg bei Hirschberg wurde berichtet — 25,6 Gr. R. = 32 Gr. Celsius als die niedrigste Temperatur der letzten 20 Jahre. Die höchste Tagesdurchschnittswärme war am 29. + 3,2 Gr. R., die mittlere Monatsdurchschnittswärme war früh — 6 Gr., Mittags — 3,26 Gr. und Abends — 6 Gr. R. Der Wind wehte aus Ost 7mal, West 3mal, Nord 4mal, Südost 8mal, Südwest 4mal, Nordost 2mal, Nordwest 8mal und war an 17 Tagen still, an 14 Tagen bewegt und am 31. stürmisch. Wir hatten mehr oder weniger heitere Tage 17, trübe 14 und an 10 Tagen Schneefälle zu beobachten und da der Schnee seit Mitte vorigen Monats gleichmäßig gefallen war, so hatten wir uns 6 Wochen lang der schönsten Schlittenbahn zu erfreuen. Die Koppe war an 15 Tagen hell, 9 Tagen bedeckt und 7 Tagen theilweise bedeckt.

✉ **Sagan,** 10. Jan. [Handelskammersitzung. — Ertrunken. — Trichinen. — Theater. — Verpflegungszuschuß. — Vorschußverein.] Die zweite Sitzung der Handelskammer für die Kreise Sagan und Sprottau fand im Magistratssitzungszimmer des Rathhauses zu Sagan statt. Erschienen waren sämmtliche Mitglieder, mit Ausnahme des Vorsitzenden, Fabrikbesitzer Herrn E. Gebhardt, welcher durch Krankheit verhindert war. Geleitet wurde die Sitzung von dem stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Fabrikbesitzer Paul Herrmann. Von den Verhandlungen führen wir hier Folgendes an: Bezüglich des Etatsjahres wurde beschlossen, daß am Kalenderjahre festzuhalten und der Etat nur für 1880 zu veranlagen sei. Zu der angeführten Sitzung hatte der Magistrat zu Sagan bereitwilligst ein Local überlassen, sich jedoch eine definitive Entscheidung wegen Bewilligung eines Sitzungslocales für später vorbehalten, weshalb über diesen Punkt in der nächsten Sitzung referirt werden muß. Die event. Oeffentlichkeit der Sitzungen ist von der Gewährung eines Locals abhängig zu machen, doch sollen die Sitzungsprotokolle durch die Localblätter in Sagan und Sprottau bekannt gemacht werden. Der vorgelegte Entwurf einer Geschäftsordnung wurde durchberathen und festgestellt, und soll der königlichen Regierung zur Genehmigung eingereicht werden. Ferner erwählte die Versammlung eine Commission, bestehend aus den Herren Schlittgen, Grätz, Neumann, Wiesenthal und Paul Herrmann, welche die nöthigen Erhebungen zu veranlassen, einen Etat zu entwerfen und der Kammer in nächster Sitzung zu berichten hat. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wählte die Handelskammer einstimmig Herrn Reimann hierselbst zum Handelskammer-Secretär. Schließlich sei nur noch der Beschluß erwähnt, daß der von der Handelskammer zu Nordhausen an das Reichskanzleramt bezüglich des Veredlungsverkehrs im Zollvertrage mit Oesterreich gerichteten Petition beigetreten werden soll. — Nicht so glücklich, wie hier, schien in der Gegend von Naumburg a. B. der Eisgang des Bobers verlaufen zu wollen. Die Gemeinde Groß-Dobritsch war durch das Anstauen großer Eismassen mit einer Ueberschwemmung bedroht; das Wasser stand dort bereits am Rande des Dammes. Alle Vorkehrungen zum Retten in Häusern und Ställen waren angeordnet; da lösten sich endlich die ungeheuren Eisstücke und sofort fiel das Wassee an den bedrohten Stellen. Dagegen ereignete sich am 3. d. Mts. unterhalb des Wehres bei Christianstadt ein höchst beklagenswerthes Unglück. Mehrere Knaben hatten sich auf die Eismassen, die am Ufer noch fest zu sein schienen, gewagt, um angeschwemmtes Holz zu sammeln. Da löste sich plötzlich das Eisstück und zwei Knaben wurden schnell stromab getrieben. Einen Knaben rettete noch der Bauer G. Weber unweit des Dorfes Zeschau, den andern dagegen, Sohn des Webers Scheffler aus Christianstadt, sah man untersinken, ohne ihm Rettung bringen zu können. Bis jetzt hat man die Leiche des 13½jährigen Knaben bei dem sehr hohen Wasserstande noch nicht gefunden. Der älteste Sohn der so schwer betroffenen Eltern liegt an vor einem Vierteljahre erlittenen schweren Brandwunden gegenwärtig noch sehr krank darnieder. — Wie uns berichtet wird, wurden in einem vom Häusler Carl Krause zu Ober-Buchwald vor einiger Zeit geschlachteten Schweine durch den Fleischbeschauer Reinhold Lehmann daselbst Trichinen in großer Menge vorgefunden. Zum Glück war das Schwein versichert. — Der gestern Abend von Mitgliedern des Gewerbevereins zum Besten der Nothleidenden Oberschlesiens und der Armen der Stadt Sagan veranstaltete Theatervorstellung war sehr zahlreich besucht. Die Einnahme soll gegen 210 Mark betragen haben — Aus der Festsetzung der für das erste Quartal 1880 bewilligten extraordinären Verpflegungszuschüsse für die Garnisonen des 5. Armeecorps geht wieder zur Evidenz hervor, daß Sagan zu den theuersten Städten in Niederschlesien und Posen gehört. Es wird nur von vier Orten übertroffen: Herrnstadt, Muskau, Hirschberg, Posen. — Für die Zeit vom 1. Jan. 1880 bis zum 31. Decbr. 1883 sind der Wagenbauer G. A. Schulz hierselbst zum Director und der Kaufmann Paul Geisler ebenda zum Stellvertreter des Directors, des Rendanten und des Schriftführers im Vorschußverein zu Sagan gewählt worden.

L. **Liegnitz,** 11. Jan. [Etat. — Gewerbeausstellung. — Kirchliche Wahlen.] Der Etat für die Verwaltung der Kämmereikassen für das Etatsjahr 1880/81 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 527,074,33 Mark ab, 13,895,95 M. mehr als das Jahr vorher. Die Einnahmen bestehen in 1) Dominial-Präftationen und Grundzinsen 3481,10 M., 2) Ertrag vom Grundeigenthum 41,407,43 M., 3) Forstüberschüssen 68,750 M., 4) Gasanstaltsüberschüssen 75,000 M. (+ 5000 M.), 5) Schlachthauserträgen 10,285 M., 6) Wasserwerkserträgen zur Verzinsung und Amortisation von 750,000 M. Anleihen, à 5½ pCt., 41,250 M. (+ 8250 M.), 7) Zinsen von Activ-Capitalien 9254 M. (12,452,10 M. weniger als 1879/80), 8) Chaussee-Baufonds 18,513,94 M., 9) Gewerbe- und Handelsgefällen 10,584 M., 10) Gerichts- und Dominialgefällen 5300 M., 11) directen Communalsteuern 224,619 M. (+ 10,248 M.), 12) Administrationskosten-Beiträgen 15,969,86 Mark, 13) Verschiedene Einnahmen 2400 M., 14) Insgemein 200 M. — Die Ausgaben vertheilen sich in 1) Besoldungen 114,902 M. (+ 850), 2) Pensionen 9602 M. (+ 321) 3) Amtsbedürfnisse 13,584 M., 4) Bau- und Reparaturkosten 37,650 M. (— 2500), 5) Straßenbeleuchtung 25,043 M. (+ 1793), 6) Wasserwerkszwecke 10,000 M., 7) Feuerlöschwesen 5800 M., 8) Unterhaltung der Promenaden 6000 M., 9) Bereinigung der Straßen und Plätze 13,500 M., 10) Gerichts- und Prozeßkosten 15,000 M., 11) Abgaben und Lasten 11,556,10 M. (+ 2156,60), 12) Zuschüsse für das Schulenwesen 118,118,40 M. (+ 8051,40), 13) Verschiedene Ausgaben 1768 M., 14) Verzinsung und Tilgung der Stadtschulden 108,528,25 M., 15) Chaussee-Baufonds 11,163,94 M., 16) Zuschuß zur Armenkasse 34,500 M., 17) Stiftungsausgaben 235,40 M., 18) Insgemein 3623,24 M. — Herr Regierungspräsident Freiherr von Zedlitz hierselbst hat an sämmtliche Herren Landräthe des Liegnitzer Regierungsbezirks ein Circulär erlassen, in welchem er dieselben ersucht, in den betreffenden Kreisen nach Kräften im Interesse der im Laufe dieses Sommers hier abzuhaltenden Gewerbeausstellung zu wirken und es sich angelegen sein zu lassen, daß der Zweck der Ausstellung, ein möglichst vollständiges Bild der industriellen und gewerblichen Verhältnisse des Liegnitzer Regierungsbezirks zu geben, in der That erreicht werde, wobei besonders zu berücksichtigen sei, daß auch die Leistungen des Kleingewerbes in entsprechender Weise vorgeführt würden. In Liegnitz selbst hält sich der Handwerkerstand der Ausstellung gegenüber noch sehr in Reserve. Zur Anregung einer größeren Betheiligung findet in dieser Woche eine allgemeine Handwerkerversammlung statt. — Der Gemeinde-Kirchenrath zu „Unserer Liebenfrauen-Kirche" hat in Folge der bei den vom 4. d. M. stattgehabten kirchlichen Wahlen vorgekommenen Ungesetzlichkeiten die ganze Wahl für ungiltig erklärt. Gegen diesen Beschluß ist ein Protest ins Werk gesetzt.

A. **Leobschütz,** 11. Januar. [Amtsgericht. — Liederkranz. — Männergesangverein. — Anfall. — Zollamtliches. — Wetter. — Gesundheitszustand.] Bei dem hiesigen Amtsgericht ist die vom Publikum mit Freuden aufgenommene Einrichtung getroffen, daß die Zeugengebühren zu jeder Tageszeit erhoben werden können. Bisher konnte dies nur während der Amtsstunden der mit der Auszahlung dieser Gebühren beauftragten königl. Steuerkasse geschehen. Erhielten also die Zeugen erst nach 12 Uhr Mittags das Zahlungsmandat, was sehr oft vorkam, so mußten sie bis zur Wiedereröffnung der Steuerkasse oft länger als drei Stunden warten, wenn die Geschäfte in dieser es nicht anders zuließen oder die Abholung der Gebühren auf einen anderen Tag verschieben, wenn sie letztere nicht mit einem Verlust an Dritte abtreten wollten. Zur Beseitigung dieses Uebelstandes hat die königl. Regierung zu Oppeln in der Beyer'schen Brauerei eine Zahlungsstelle errichtet, bei welcher die Zeugengebühren zu jeder Tageszeit, selbstverständlich ohne jeden Abzug, erhoben werden können. — Am 5. d. M. beging der hiesige Gesangverein „Liederkranz" sein 25jähriges Stiftungsfest durch Gesang und Tanz. Die Festrede hielt der Liedermeister, Lehrer Klose, welcher mit Eifer bestrebt ist, das Interesse der dem besten Theile der hiesigen Bürgerschaft angehörenden Vereinsmitglieder an dem „Liede" nach Möglichkeit zu fördern. Die Gründer des Vereins, Kaufmann Blaschke und Kunstgärtner Rupnow, wurden mit Silberkränzen decorirt. — Gestern veranstaltete der hiesige Männergesangverein im „Deutschen Hause" eine musikalische Abendunterhaltung, in welcher u. A. mehrere größere Männerchöre zur Aufführung kamen, welche das ernste Streben des Vereins unzweideutig zu Tage treten ließ. — Am 7. d. Mts. wurde ein hiesiger Brauereibesitzer auf offener Landstraße von einem jungen Menschen, den er wegen einer maßlosen Forderung vorher von sich ab- und zurecht gewiesen hatte, angefallen und zu Boden geworfen. Als Leute dem Angegriffenen beisprangen, rannte der freche Mensch in den Hof des Amtsvorstehers und zertrümmerte mit einem Steine die Fenster der Wohnung desselben, um, wie er meinte, ein sicheres und längeres Unterkommen im Gefängniß zu finden. Auch hier scheint Verkommenheit und Noth das Motiv zu dem Angriff zu sein. — Das preußische Hauptzollamt zu Klingebeutel bei Troppau soll noch im Laufe dieses Monats nach Troppau verlegt werden. — Seit gestern sind, nachdem vorher mehrere Tage Thauwetter geherrscht, wieder Frost und Kälte bei uns eingekehrt. — Der Gesundheitszustand in der Stadt und im Kreise ist, wie uns die Aerzte versichern, nicht der beste; hie und da, z. B. in Berndau, sind Typhusfälle zu constatiren.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Speyer, 12. Jan. Der Domcapitular Molitor ist in der vergangenen Nacht gestorben.

Wien, 12. Jan. Meldungen der „Polit. Corresp." aus Konstantinopel: Das Gerücht von einem förmlichen Bruch zwischen der Pforte und Griechenland in der Grenzfrage ist unbegründet, jedoch ist die Wiederaufnahme directer Verhandlungen zweifelhaft. — Die von den Bulgaren in Philippopel gewaltsam in Besitz genommene griechische Patriarchatskirche ist der dortigen griechischen Gemeinde wieder übergeben worden. — Die montenegrinische Regierung weigert sich, Commissäre zur Entgegennahme der Cessionsurkunde über das abzutretende Gebiet zu ernennen und verlangt zuvor Entwaffnung der Bevölkerung von Gussinje und Zurückbeförderung der zahlreichen nach Gussinje gekommenen Albanesen.

Rom, 12. Jan. In der heutigen Sitzung des Senats wurde seitens des Centralbureaus hinsichtlich der Mahlsteuervorlage folgende Tagesordnung beantragt: Wirksame Maßregeln erwartend, welche eine graduelle Abschaffung der Mahlsteuer ohne Gefährdung der Finanzen gestatten, suspendirt der Senat alle Berathungen der Vorlage wegen Aufhebung der Mahlsteuer und geht zur Tagesordnung über. — Morgen Fortsetzung der Debatte. — Der Senatspräsident theilte die Ernennung des Marineministers Acton zum Senator mit.

Neapel, 12. Januar. Das schwedische Expeditionsschiff „Vega" wird hier Ende dieses Monats erwartet. Demselben wird ein feierlicher Empfang bereitet werden, an welchem sich sämmtliche Vertretungen der hiesigen wissenschaftlichen, politischen und mercantilen Gesellschaften betheiligen werden. Die Offiziere des Schiffes werden von der königlichen Akademie der Wissenschaften zu einer in der Universität unter Betheiligung aller Professoren stattfindenden Festsitzung eingeladen werden.

Paris, 12. Januar. Der „Agence Havas" zufolge würde das Programm des Ministeriums die schwebenden Fragen berühren, eine Lösung aber nicht andeuten. Die Sprache des Cabinets würde im Uebrigen klar und bestimmt sein, und dessen gute Absichten beweisen. Das Cabinet werde eingehendere Erklärungen abgeben, wenn die schwebenden Fragen im Parlament zur Sprache gebracht würden.

Paris, 13. Jan. Das „Journal officiel" publicirt die Veränderungen in der Stellenbesetzung der Präfecturverwaltung, welche 17 Präfecten, 50 Unterpräfecten und 64 Präfecturräthe betrifft.

London, 12. Januar. Das „Bureau Reuter" meldet aus Konstantinopel: Layard nahm die officiellen Beziehungen wieder auf. Der Sultan zeigte Layard an, er beabsichtige, die Familie Achmet's zu unterstützen. Layard schrieb an Radolinski eine Danksagung für seinen Beistand.

Triest, 12. Januar. Der Lloyddampfer „Juno" ist heute Vormittag mit der ostindisch-chinesischen Ueberlandspost aus Alexandrien hier eingetroffen.

Plymouth, 12. Januar. Der Hamburger Postdampfer „Herder" ist hier angekommen.

Southampton, 12. Januar. Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Hannover" ist hier eingetroffen.

Handel, Industrie ꝛc.

⊙ **Paris,** 10. Januar. [Börsenwoche.] Die Börsenwoche hat diesmal keinen bestimmt ausgesprochenen Charakter. Nachdem die Liquidation unter günstigen Verhältnissen von Statten gegangen war, verfiel der Markt in eine gewisse Unschlüssigkeit und Trägheit. Der Hauptgrund dieser Haltung ist darin zu suchen, daß die zwischen den Crédit foncier und der Banque Hypothécaire ausgebrochene heftige Fehde die Speculation außer Fassung gebracht hat. Der Credit Foncier auf der einen Seite und Baron Soubeyran auf der anderen Seite liegen sich seit lange in den Haaren und versäumen keine Gelegenheit, einander Schaden zuzufügen. Aber diesmal hat ihr Streit einen besonders böswilligen Charakter angenommen. Den Anlaß dazu gab die heute stattfindende Emission der Banque Hypothécaire. Wie man weiß, giebt diese Anstalt 1,200,000 Hypothekar-Obligationen aus im Betrage von 600 Millionen und der Credit Foncier erklärt sich dadurch in seinem Rechte beeinträchtigt. Die letztere Anstalt hat sogar den Versuch gemacht, auf gerichtlichem Wege die Emission der Banque Hypothécaire zu verhindern, was ihr freilich nicht gelungen ist; aber jedenfalls hat sie dieselbe beim Publikum discreditirt, und der Erfolg ist dadurch sehr zweifelhaft geworden. Er wäre vielleicht ohnedies kein außerordentlicher gewesen, denn man stellte beim Beginn des neuen Jahres schon ganz horrende Anforderungen an das Ersparniß. — Neben den 600 Millionen der Banque Hypothécaire wird der Credit Foncier selber in einigen Tagen 500 Millionen verlangen, von einigen anderen Emissionen für die Bagatelle von 10—20 Millionen gar nicht zu reden. Unter den Streitigkeiten der beiden Anstalten haben zunächst die französischen Renten und hierauf auch alle anderen Werthe gelitten, ohne daß man jedoch von einer wirklichen Baissetendenz sprechen könnte. Im Gegentheil bleibt die allgemeine Stimmung eine günstige.

Berliner Börse vom 12. Januar 1880.

Fonds- und Geld-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	97,75 bz
Consolidirte Anleihe	4½	104,50 bz
do. do. 1876	4	97,25 bz
Staats-Anleihe	4	97,30 bzG
Staats-Schuldscheine	3½	93,75 G
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	144,75 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	103,20 bz
Pfandbriefe:		
Berliner	4½	103,30 bz
Pommersche	3½	88,75 bzG
do.	4	98,80 bzG
do	4½	102,75 bz
do. Lndch. Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	98,30 bz
Schlesische	3½	— —
Lndschaftl. Central	4	98,50 bz
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumärk.	4	99,30 B
Pommersche	4	98,50 bz
Posensche	4	98,25 bz
Preussische	4	98,30 bz
Westfäl. u. Rhein.	4	99,20 bz
Sächsische	4	98,80 G
Schlesische	4	99,80 G
Badische Präm.-Anl.	4	133,30 etbzB
Baierische Präm.-Anl.	4	133,30 bz
do. Anl. v. 1875	4	97,50 B
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	132,75 bz
Sächs. Rente von 1876	3	75,10 bz

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Ob.	5	110,00 G
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	102,25 bzG
do. do.	5	104,25 bzG
Deutsche Hyp.-Bk.-Pfb.	4½	100,50 G
do. do. do.	5	102,25 G
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	102,00 bzG
Unkündb. do. (1872)	5	105,20 G
do. rückzb. à 110	5	112,00 bzG
do. do. do.	4½	105,50 bzG
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd.-B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	104,50 bzG
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	— —
Hyp.-Anth. Nord. G-C-B	5	98,50 bzG
do. do. Pfandbr.	5	96,75 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	103,50 G
do. do. II. Em.	5	100,75 B
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	116,75 bz
do. do. II. Em.	5	113,20 bz
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	105,25 G
do. 4½ do. do. m. 110	4½	100,90 bzG
Meininger Präm.-Pfdb.	4	117,75 B
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	101,50 bz
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	103,90 bzG
do. do.	4½	101,75 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	104,70 B
do. do.	4½	101,75 G

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1./1. 1./7.)	4⅕	61,60 bzB
do. (1./4. 1./10.)		61,60 bzB
do. Goldrente	4	71,50-60 ebzB
do. Papierrente	4⅕	60,20 etbzB
do. 54er Präm.-Anl.	4	114,25 etbzB
do. Lott.-Anl. v. 60	5	126,10 bz
do. Credit-Loose	fr.	327,00 G
do. 64er Loose	fr.	303,20 bzG
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	152,40 bz
do. do. 1866	5	149,00 bzG
do. Orient-Anl. v. 1877	5	59,00 bzG
do. II. do. v. 1878	5	59,10-20 bz
do. III. do. v. 1879	5	59,00-10 bz
do. Anleihe 1877	5	88,50-60 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	78,70 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	78,90 bz
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	— —
Poln. Pfndbr. III. Em.	5	63,90 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	56,30 bzG
Amerik. rückz. p. 1881	6	102,00 G
do. 5% Anleihe	5	101,20 bz
Ital. 5% Anleihe	5	80,40 bzB
Raab-Grazer 100 Thlr. L	4	90,90 bzB
Rumänische Anleihe	8	107,10 bzG
Türkische Anleihe	fr.	10,00 G
Ungar. Goldrente	6	84,75 bzB
do. Loose (M. p. St.)	fr.	262,75 bzB
Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl.	5	84,00 bz

Schwedische 10 Thlr.-Loose —
Finnische 10 Thlr.-Loose 49,70 B
Türken-Loose 30,60 etbzG

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	101,75 B
do. III. v. St. 3½ g.	3½	90,30 bz
do. do. VI.	4½	102,25 bzG
do. Hess. Nordbahn	5	101,00 bzG
Berlin-Görlitz	5	101,25 G
do.	4½	95,00 G
do. Lit. C.	4½	99,00 bzB
Bresl.-Freib. Lit. D. E. F.	4½	101,25 G
do. do. G.	4½	101,25 G
do. do. H.	4½	101,70 bz
do. do. J.	4½	101,70 bz
do. do. K.	4½	101,70 bz
do. von 1876	5	105,25 bzB
Breslau-Warschauer	5	102,75 bzB
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	97,40 B
do. Lit. B.	4½	100,30 G
do. IV.	4	97,50 etbzG
do. V.	4	97,50 B
Halle-Sorau-Guben	4½	103,75 G
Hannover-Altenbeken	4½	100,30 G
Märkisch-Posener	4½	102,20 B
Niederschles.-Märk. I.	4	99,25 B
do. do. II.	4	97,75 G
do. Obl. I. u. II.	4	99,75 G
do. Obl. III.	4	90,50 bzG
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	98,40 bzG
do. D.	4	98,40 bzG
do. E.	3½	90,60 G
do. F.	4½	102,50 bzB
do. G.	4½	— —
do. H.	4½	102,90 G
do. von 1879	4½	103,50 G
do. von 1873	4	97,25 bzG
do. von 1874	4½	102,80 G
do. Brieg-Neisse	4½	101,00 G
do. Cosel-Oderb.	5	102,00 bzG
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	101,75 G
do. do. III. Em.	4½	101,75 G
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4½	102,25 bzG
Rechte-Oder-Ufer-B.	4½	102,50 bzB
Schlesw. Eisenbahn	4½	101,50 G
Charkow-Asow gar.	5	92,40 bzB
do. do. in Pfd. Sterl.	5	85,00 bz
Charkow-Kremen. gar.	5	89,50 etbz
do. do. in Pfd. Sterl.	5	— —
Rjäsan-Koslow gar.	5	99,75 bz
Dux-Bodenbach	5	81,60 bz
do. II. Em.	5	78,90 bz
Prag-Dux	fr.	47,00 bzG
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	90,60 bz
do. do. neue	5	89,20 bz
Kaschau-Oderberg	5	73,40 bz
Ung. Nordostbahn	5	69,70 bzG
Ung. Ostbahn	5	67,00 bzG
Lemberg-Czernowitz	5	75,70 bz
do. do. II.	5	78,50 bz
do. do. III.	5	73,50 bz
do. do. IV.	5	71,50 bz
Mährische Grenzbahn	5	66,50 G
Mähr.-Schl. Centralb.	fr	29,30 bzG
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	79,80 bz
Oesterr.-Französische	3	368,40 bzB
do. do. II.	3	359,80 bzG
do. südl. Staatsbahn	3	256,60 bzG
do. neue	3	256,25 bzG
do. Obligationen	5	90,20 B
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	95,90 bz
Warschau-Wien II.	5	101,50 bzG
do. III.	5	101,00 bzB
do. IV.	5	98,90 bz
do. V.	5	97,60 bz

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3	168,70 bz
do. do.	2 M.	3	167,95 bz
London 1 Lstr.	3 M.	3	20,24 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3	80,75 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6	209,00 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	211,00 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4	172,65 bz
do. do.	2 M.	4	171,70 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 273,50 bz
Badische 35 Fl.-Loose 176,50 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe 93,10 bz
Oldenburger Loose 152,00 bzB

Ducaten 9.57 B	Dollar — —
Sover. 20,30 G	Oest. Bkn. 172,80 bz
Napoleon 16,20 G	do. Silbergd. — —
Imperials — —	Russ. Bkn. 211,35 bzB

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1878	1879		
Aachen-Mastricht	½	—	4	33,10 bz
Berg-Märkische	4	—	4	93,00 bzG
Berlin-Anhalt	5	—	4	102,50 bzB
Berlin-Dresden	0	—	4	16,00 bzG
Berlin-Görlitz	0	0	4	24,50 bzG
Berlin-Hamburg	10½	—	4	186,00 bzG
Berl-Potsd.-Magdb	3½	4	4	95,80 bzG
Berlin-Stettin	3,65	4¾	4	111,90 bzG
Böhm. Westbahn	5¾	—	5	93,75 bz
Bresl.-Freib.	3¼	—	4	92,60 bz
Cöln-Minden	6,3	6	4	143,40 bzG
Dux-Bodenbach. B.	0	0	4	58,90 bzG
Gal. Carl-Ludw.-B.	8,214	—	4	110,00 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	—	4	25,00 bz
Hannover-Altenb.	0	0	4	53,60 G
Kaschau-Oderberg	4	—	5	52,60 bzG
Kronpr. Rudolfb.	5	—	5	65,75 bz
Ludwigsh.-Bexb.	9	—	4	191,00 bzB
Märk.-Posener	0	0	4	31,60 bz
Magdeb.-Halberst.	9½	6	4	142,25 bzG
Mainz-Ludwigsh.	4	—	4	89,00 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	99,00 B
Oberschl. A. C. D. E.	8½	—	3½	173,80 bz
do. B.	8½	—	3½	148,00 bz
Oesterr.-Fr. St.-B.	6	—	4	471,00-471,00
Oest. Nordwestb.	4	—	5	280,00 bz
Oest. Südb. (Lomb.)	0	—	4	145,00-145
Ostpreuss. Südb.	0	—	4	65,50 bz
Rechte-O.-U.-B.	7	—	4	140,50 bz
Reichenberg-Pard.	4	—	4⅓	53,90 bzG
Rheinische	7	7	4	152,00 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	96,50 bzG
Rhein-Nahe-Bahn	0	—	4	13,20 bz
Rumän. Eisenbahn	2	—	4	43,40 bz
Schweiz Westbahn	0	—	4	19,60 ebzB
Stargard-Posener	4½	—	4½	103,00 B
Thüringer Lit. A.	8	—	4	154,75 bzG
Warschau-Wien	9,165	—	4	252,75 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Dresden	0	—	5	42,25 bzG
Berlin-Görlitzer	1	—	5	72,40 bzG
Breslau-Warschau	0	—	5	42,40 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	—	5	81,50 bzG
Hannover-Altenb.	0	—	5	214,60 etbzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	—	5	36,50 bzG
Märkisch-Posener	5	—	5	99,00 bzG
Magdeb.-Halberst.	4⅕	3½	3½	88,00 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	117,75 bzG
Ostpr. Südbahn	5	—	5	98,75 bzG
Posen-Kreuzburg	2¾	—	5	68,90 bz
Rechte-O.-U.-B.	7	—	5	138,90 bz
Rumänier	8	—	8	102,00 bzB
Saal-Bahn	0	0	5	40,60 bzG
Weimar-Gera	0	0	5	29,10 bzG

Bank-Papiere.

Allg. Deut. Hand.-G	2	—	4	50,90 bz
Berl. Kassen-Ver.	8 9/10	—	4	166,50 B
Berl. Handels-Ges.	0	—	4	104,50 bzG
Brl. Prd.-u. Hdls.-B.	0	—	4	76,30 bzG
Braunschw. Bank	4½	—	4	93,75 bz
Bresl. Disc.-Bank.	3	—	4	95,90 bzG
Bresl. Wechslerb.	5⅔	—	4	101,25 bzG
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	—	4	89,50 ebzB
Danziger Priv.-Bk.	5⅕	—	4	107,60 G
Darmst. Creditbk.	6¾	—	4	142,50 bz
Darmst. Zettelbk.	5¼	—	4	104,50 bzG
Deutsche Bank	6½	—	4	139,25 bzG
do. Reichsbank	6,3	—	4½	152,00 bzB
do. Hyp.-B. Berl.	6¼	—	4	90,00 B
Disc.-Comm.-Anth.	6½	—	4	188,20 bz
do. ult.	6½	—	4	189,25-89,00
Genossensch.-Bnk.	5½	—	4	110,00 bzB
do. junge	5½	—	4	107,00 bzG
Goth. Grundcredb.	6	—	4	90,50 bzB
do. junge	6	—	4	90,25 B
Hamb. Vereins-B.	7¾	—	4	— —
Hannov. Bank	5½	—	4	105,00 bzG
Königsb. Ver.-Bnk.	6	—	4	100,00 B
Lndw.-B. Kwilecki	4⅔	—	4	62,50 G
Leipz. Cred.-Anst.	6⅔	—	4	142,00 bzG
Luxemburg. Bank	7½	—	4	134,90 bzG
Magdeburger do.	6 3/10	—	4	115,00 bzB
Meininger do.	2½	—	4	94,30 bzG
Nordd. Bank	8⅘	—	4	151,90 bzG
Nordd. Grundcr.-B.	0	—	4	53,25 bzG
Oberlausitzer Bk.	4	—	4	83,50 G
Oest. Cred.-Actien	8¾	—	4	514,00-513,00
Posener Pro.-Bank	4	—	4	110,00 G
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	5	—	4	86,75 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	—	4	127,00 bzG
Sächs. Bank	5¾	—	4	115,50 bzB
Schl. Bank-Verein	5	—	4	105,90 bzG
Weimar. Bank	0	—	4	41,40 bzG
Wiener Unionsbk.	5	—	4	199,00 bz

In Liquidation.

Berliner Bank	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genoss.	—	—	fr.	47,25 G
Sächs. Cred.-Bank	—	—	fr.	— —
Schl. Vereinsbank	—	—	fr.	— —
Thüringer Bank	—	—	fr.	190,50 G

Industrie-Papiere.

D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	11,00 bzG
do. Reichs-u. Co.-B.	—	—	fr.	— —
Märk.-Sch. Masch G	0	—	4	43,50 bzG
Nordd. Gummifab.	4	—	4	55,00 B
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	5	—	4	87,75 bzG
Schles. Feuervers.	21	—	fr.	— —
Donnersmarkhütt.	½	—	4	74,00 bzG
Dortm. Union	0	—	4	16,50 G
do. abgest.	0	—	4	20,10 bzG
Königs- u. Laurah.	1½	—	4	127,50 bzB
Lauchhammer	0	—	4	45,00 bzG
Marienhütte	2½	—	4	83,25 G
Cons. Redenhütte	4	—	4	188,00 bz
do. Oblig.	6	6	6	102,75 G
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	23,10 bzG
Schl. Zinkh.-Actien	5½	—	4	101,50 bzG
do. St.-Pr.-Act.	5½	—	4½	106,50 bzG
Oppeln. Portl. Cem.	3½	—	4	57,75 G
Groschowitzer dto.	2	—	4	53,75 G
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4	85,75 bz
Vorwärtshütte	0	—	4	21,90 bzB
Bresl. E.-Wagenb.	5½	—	4	83,50 bzG
do. ver. Oelfabr.	5½	—	4	80,30 bzG
do. Strassenbahn	6	—	4	114,50 G
Erdm. Spinnerei	0	—	4	34,00 bzG
Görlitz. Eisenb.-B.	6⅓	—	4	94,25 bzG
Hoffm.'s Wag. Fabr	0	—	4	conv. 69,00 G
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	—	4	70,25 G
Schl. Leinenind.	5	—	4	91,00 bzB
do. Porzellan	1½	—	4	61,00 bzG
Wilhelmsh. MA.	0	—	4	42,50 bz

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

Berlin, 12. Jan. [Börse.] Der gestrige Privatverkehr verlief in günstiger Haltung. Creditact. 516,00—515,00—517,50—517,00, Franz. 473,00 bis 471,50—473,00—471,00, Lombarden 145,00, 1860er Loose 126,50, österr. Silberrente 61,50, do. Papierrente 60,50, do. Goldrente 71,25, ungar. Goldrente 84,75—84,90, Italiener 80,50, 1877er Russen 88,60—88,50, alte Russen 86,25—86,10, Russ. Noten per ultimo 212,00, II. Orient-Anleihe 59,25, III. Orient-Anleihe 59,10, Rumänier 44,25—44,10, Köln-Mindener 143,10, Oberschlesische 174,75—174,25, Bergisch-Märkische 93,10, Thüringer 155,00, Rheinische 152,00,—151,90, Galizier 111,00—110,75, Disconto-Commandit 188,25 bis 190,10,—189,50—190,50—190,00, Deutsche Bank 139,25—140,25, Laurahütte 127,25—127,75, Dortmunder St.-Prioritäten 110,50—109,75—112,50 bis 112,00, Kön. Marienhütte 116,00—117,00 Gd., Oels-Gnesener St.-Prioritäten 44,00 Gd.

Nachbörse 2 Uhr: Creditactien 516,00—513,00, Franzosen 470,00—468,50, 1860er Loose 126,25, ungar. Goldrente 84,75, II. Orientanleihe 59,10, III. Orientanleihe 59,00, Rumänier 43,75, Disconto-Commandit 189,40—188,60 bis 189,10, Deutsche Bank 140,00 Br., Laurahütte 127,00—126,75, Dortmunder Stamm-Prioritäten 111,25—110,75. Abgeschwächt.

Wie im gestrigen Privatverkehr entwickelte sich auch heut das Geschäft zunächst in sehr fester Haltung bei lebhaftem Umsatze. Die Anregung hierzu lag in der günstigen Meinung für Dortmunder Stamm-Prioritäten, deren rapide Courssteigerung die Börse auf die Bemühungen eines zu diesem Spielpapier in näherer Beziehung stehenden Institute zurückführte. In seinem weiteren Verlaufe wurde der Verkehr etwas stiller, und es kam, ohne daß die Festigkeit der Stimmung einen Abbruch erlitt, zu kleinen Coursabbröckelungen, und bald gingen die Course von Neuem in die Höhe, bis um 1½ Uhr auf dem internationalen Markte in Folge von größeren Abgaben eine flaue Tendenz hervortrat. Auf dem localen Speculationsmarkte notirten Dortm. Stamm-Prioritäten 110½—14—13—14½, Laura 127—7¾—6¾—7½. Discontocommandit waren anfangs höher als gestern zum Schluß des Privatverkehrs, indeß blieb der Verkehr hier sehr geringfügig. Der Cours bewegte sich zwischen 189,25—90—88,60. Auch speculative Bahnen still, die Stimmung war fest, nur Rumänen matt. Wir heben folgende Course hervor: Per ultimo Rheinische 151,90—152, do. junge 145,90, Bergische 93,40 bis 10, Rumänier 43,75—40, Galizier 110,60—109,50, Oberschlesische 174,25 bis 173,50, Friedr.-Franz. 129,50—129. Auf dem internationalen Markte notiren Credit 514½—15—12—12½, Franzosen 470—73—71, Lombarden 144⅝—5½—5. Oesterreichische Renten ziemlich fest, aber still, russische Werthe abwartend, Rubel anfangs fest, später abgeschwächt. Dieselben notiren: per ultimo 211¾—211½, Vorpr. 213¾/1, per Februar 211—211¾, Vorpr. 214¼/2. Auf dem Anlagemarkte standen heimische Fonds und Prioritäten in lebhaftem Verkehr bei günstiger Haltung. Auch österreichische Prioritäten waren beliebt, namentlich Prag-Duxer und Kaschau-Oderberger Silber-Pr., russische Werthe abgeschwächt. Auf dem Cassamarkte waren schwere Bahnen behauptet, leichte Bahnen fest. Auch österreichische Nebenbahnen erfreuten sich günstiger Meinung; Kronprinz-Rudolph und Albrechtbahn bevorzugt, Stamm-Prior. setzten die steigende Richtung fort, Berlin-Dresden erheblich höher, auch Görlitzer besser, Banken-, Industrie- und Montanwerthe in guter Haltung, Geld, welches sich flüssig zeigt, erzielte im Privatdiscont 3⅜—¼. Fremde Wechsel ziemlich fest.

Course um 2½ Uhr: Schwach. Creditactien 512,00, Lombarden 144,50, Franzosen 470, Reichsbank 152,00, Disconto-Comm. 188,00, Laurahütte 127,00, Türken 10,00, Italiener 80,25, Oesterr. Goldrente 71,25, 1860er Loose —,—, Dortmunder Union 113,00, Oberschlesische —,—, Ungarische Goldrente 84,50, Oesterr. Silberrente 61,37, do. Papierrente 60,25, 5proc. Russen 88,50, neue —, Köln-Mindener 143,37, Rheinische 152,00, Bergische 93,00, Rumänen 43,50, Russ. Noten 211,75, Russ. Anleihe, alte —, Galizier —,—, I. Orient-Anleihe —,—, II. do. 59,25, III. do. 59,12, Weimarische Bank —,—.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterr. Silberrent.-Cp. 172,25 bez., do. Eisenbahn-Coupon 172,25 bez., do. Papier in Wien zahlbar min 40 Pf. f. Wien, Amerik. Gold-Dollar-Bonds 4,175 bez., do. Eisenbahn-Prior 4,175 bez., do. Papier-Dollars 4,175 bez., 6% New-York-City 4,175 bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier und verl. min. 75 Pf f. Pet., Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. Warschau, Russ. Zoll 20,51 bez., 22er Russen —,—, Große Russ. Staatsbahn —,— bez., Russ. Boden-Credit —,— bez., Warschau-Wiener Comm. — bez., Warschau-Terespol —,— bez., 3% und 5% Lombard min. — Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer minus — Pf. Paris, Belgische minus — Pf. Brüssel, Berl Litr.-Obligat. 20,28 bez.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W. T. B.) **Paris**, 12. Januar, Abends. [Boulevard-Verkehr.] 3% Rente —, —, Anleihe von 1872 116, 47, Italiener —, —, Oesterreichische Goldrente —, —, Ungar. Goldrente 84⅛, Spanier exter. —, 1877er Russen —, —, Türken 1865 —, —, III. Orientanleihe —, Egypter 278, 12, Banque ottomane —, —, Lombarden —, —, Türkenloose —, —. — Ruhig.

Frankfurt a. M., 12. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 347. Pariser Wechsel 80, 72. Wiener Wechsel 172, 75. Köln-Mindener Stamm.-Act. 143¾. Rheinische do. 152¼. Hessische Ludwigsbahn 89. Köln-Mindener Prämien-Antheilscheine 133¾. Reichs-Anleihe 97⅝. Reichsbank 152. Darmstädter Bank 142⅞. Meininger Bank 94⅞. Oest.-Ung. Bank 723, 00. Creditactien*) 256¼. Silberrente 61¼. Papierrente 60½. Oesterr. Goldrente 71¼. Ungar. Goldrente 84¾. 1860er Loose 126½. 1864er Loose —, —. Ungar. Staatsloose 201, 50 do. Ostbahn-Obligationen II. 78⅝. Böhmische Westbahn 185. Elisabethbahn 163⅞. Nordwestbahn 140¼. Galizier 220. Franzosen*) 234¾. Lombarden*) 71¾. Italiener 79¾. 1877er Russen 89¼. II. Orientanleihe 59⅛. Central-Pacific 108. Privatdiscont —. Disconto-Commandit —, —. — Schwach.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 255¾, Franzosen 234¼, Lombarden —, Oesterr. Goldrente —, Ungar. Goldrente —, Galizier 219¼, II. Orientanleihe —, III. Orientanleihe —. 1860er Loose —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 12 Januar, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 124½, Silberrente 61⅛, Oest. Goldrente 71⅛, Ung. Goldrente 84⅝. Credit-Actien 256½. 1860er Loose 127, Franzosen 588, Lombarden 178. Italienische Rente 80, 1877er Russen 88¾, II. Orient-Anleihe 57⅜. Vereinsbank 121⅛, Laurahütte 127½, Nordd. 152¼, Commerzbank 115, Anglo-deutsche 56⅝, Amerik. de 1885 95, Köln-Mind. St.-A. —, Rhein Eisenb. do. 151⅞, do. junge 145⅝, Berg.-Märk. do. 93, Berlin-Hamb. do. 188, Altona-Kiel. do. 136¼, Oesterr. Nordwestbahn —, —, Disconto 3¼ pCt. — Schluß etwas fester.

Hamburg, 12. Januar, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco ruhig, auf Termine matt. Roggen loco ruhig, auf Termine matt. Weizen per April-Mai 236 Br., 235 Gd, per Mai-Juni 238 Br., 237 Gd. — Roggen per April-Mai 166 Br., 165 Gd., per Mai-Juni 166 Br., 165 Gd. Hafer still. Gerste ruhig. Rüböl still, loco 58, per Mai 58. — Spiritus ruhig, per Januar 53 Br., per Februar-März 52¾ Br., per April-Mai 51¼ Br., per Mai-Juni 51¼ Br. — Kaffee sehr fest, Umsatz 4000 Sack. — Petroleum ruhig, Standard white loco 7, 50 Br., 7, 30 Gld. per Januar 7, 30 Gd., per Februar-März 7, 70 Gd. — Wetter: Frostig.

Liverpool, 12. Januar, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 2000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 12. Januar, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Amerikaner ruhig, Surats fest. Middl. amerikanische Februar-März-Lieferung 7, März-April-Lieferung 7 1/32 D.

(W. T. B.) **Newyork**, 12. Jan., Abends 6 Uhr. [Schluß-Course.] Wechsel auf London 4, 82. 5procentige fundirte Anleihe 103⅝. 4proc. fund. Anleihe 1877 104¼. Erie-Bahn 43⅛. Baumwolle in Newyork 12 13/16, do. in New-Orleans 12⅛. Raffinirtes Petroleum in Newyork 7⅞. Raff. Petroleum in Philadelphia 7⅝. Mehl 5, 80. Mais (old mixed) 59. Rother Winterweizen 1, 51. Kaffee Rio 16. Havanna-Zucker 7¾. Getreidefracht 4. Schmalz (Marke Wilcox) 8⅛. Speck (short clear) 7⅝.

Petersburg, 12. Januar, Nachm. 5 Uhr. [Schlußcourse.] Wechsel London 3 M. 25 5/16—25½, do. Hamburg 3 M. 213½, do. Amsterdam 3 M. 126⅞, do. Paris 3 M. 264¼, Russ. Präm.-Anleihe de 1864 (gest.) 231½, do. de 1866 (gest.) 227, —, Russ. Anl. de 1873 —, 1877er Russen —, ½-Impéials 7, 85, Große Russ. Eisenbahnen 259¾, Russ. Bodencredit-Pfandbriefe 119¾, II. Orient-Anleihe 90¼, III. Orient-Anl. 90⅝. Privatdiscont 6%.

Petersburg, 12. Januar, Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 60, 00, per August 58, 50. Weizen loco 17, 00. Roggen loco 10, 00. Hafer loco 5, 00. Hanf loco 35, 00. Leinsaat (9 Pud) loco 17, 00. — Frostwetter.

Pest, 12. Januar, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen feiner mehr gefragt, per Frühjahr 14, 70 Gd., 14, 75 Br. — Hafer per Frühjahr 7, 65 Gd., 7, 70 Br. — Mais per Mai-Juni 8, 70 Gd., 8, 75 Br. — Kohlraps per August-September 13⅝. — Wetter: 3 Grad Kälte. Wasserstand gegen gestern 10 Centimeter höher. Eisstand unverändert.

Paris, 12. Januar, Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet, per Januar 33, 40, per Februar 33, 50, per März-April 33, 60, per März-Juni 33, 40. Mehl ruhig, per Januar 71, 00, per Februar 71, 25, per März-April 71, 50, per März-Juni 71, 25. — Rüböl ruhig, per Januar 80, 50, per Februar 80, 75, per März-April 81, 00, per Mai-August 81, 75. — Spiritus behauptet, per Januar 69, 25, per Februar 69, 50, per März-April 69, 50, per Mai-August 69, 00.

Paris, 12. Jan., Nchm. Rohzucker behauptet, Nr. 10/13 pr. Jan. per 100 Kilgr. 64, 75, Nr. 7/9 pr. Januar per 100 Kilgr. 70, 75. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogr. per Januar 75, 50, per Februar 75, 25, per März-April 75, 00.

London, 12. Januar. Havannazucker Nr. 12, 27. Fest.

Antwerpen, 12. Januar. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen flau. Hafer unverändert. Gerste still.

Antwerpen, 12. Januar, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 19¼ bez. u. Br., per Februar 19½ Br., per März 19½ Br., per September 21¼ Br. Weichend.

Bremen, 12. Januar, Nachm. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loco 7, 50, per Febr. 7, 60, per März-April 7, 75, per August-December 8, 60. Alles Brief.

Berlin-Görlitzer Eisenbahn.

Die Einnahmen pro Monat Decbr. 1879 betragen (provisorisch ermittelt):

1) aus dem Personen-Verkehr	86,248 Mark
2) aus dem Güter- und Vieh-Verkehr	393,718 „
3) Extraordinaria	36,324 „
Summa pro December	516,290 Mark.
Die Einnahme pro December 1878 beträgt (definitiv festgestellt)	446,676 Mark
Mithin pro 1879 mehr	69,614 Mark.
Einnahme bis Ende Decbr. 1879	5,818,045 Mark
„ „ „ „ 1878	5,780,182 „
Mithin pro 1879 mehr	37,863 Mark.
Der vorangegebenen Mehr-Einnahme pro Januar bis December 1879 mit	37,863 Mark
tritt hinzu die Differenz zwischen der provisorisch ermittelten und der bis jetzt definitiv festgestellten Einnahme pro Januar bis Mai 1879 mit	30,210 „
Mithin Mehr-Einnahme bis ult. December 1879 =	68,073 Mark.

Berlin, 12. Jan. [Producten-Bericht.] Die Luft ist rauh, Nachts fiel etwas Schnee. Unser Getreidemarkt war auch heute in recht matter Haltung. Es gab für Roggen auf Termine nur wenig Verkäufer, dennoch ließen sich Abschlüsse nur unter einigem Entgegenkommen vollziehen. Waare ging fast gar nicht um, billiger anzukommen gelingt kaum, da Eigner unnachgiebig sind. — Roggenmehl matter. — Weizen billiger verkauft. Umsatz aber lebhafter als in den letzten Tagen. — Hafer loco fest, Termine matt. — Rüböl sehr vernachlässigt, Preise stellten sich niedriger, ohne daß nennenswerther Umsatz erzielt wurde. — Petroleum ruhig. — Spiritus anfänglich entschieden matt, erlangte später festere Haltung, weil Waare dem Begehr genügend nicht angeboten wurde.

Weizen loco 200—243 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, gelber schlesischer — M. ab Bahn bez., per Januar — M. bez., per März-April — Mark bez., per April-Mai 236—235 Mark bez., per Mai-Juni 236—235½ Mark bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Roggen loco 171—180 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russischer 172 M. ab Boden, inländ. 176—178 M., feiner inländ. — M. ab Bahn bez., per Januar und Januar-Februar 171½ M. bez. u. Br., 171 M. Gd., per Februar-März 172½ M. bez., per April-Mai 175½—174½ M. bez. u. Gd., 175 M. Br., per Mai-Juni 174½—174 M. bez. u. Br. Gekündigt 2000 Ctr. Kündigungspreis 171½ M. — Gerste loco 137—200 Mark nach Qualität gefordert. — Mais loco 146 bis 153 M. nach Qualität gefordert, rumänischer — Mark bez., amerikanischer — Mark ab Bahn bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Hafer loco 135—157 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 138—145 Mark bez., russischer 138 bis 143 M. bez., pommerscher, mecklenburgischer und uckermärkischer 147 bis 150 Mark bez., schlesischer 147—150 Mark bez., böhmischer 147 bis 150 Mark, fein. weiß. russischer 147—150 Mark ab Bahn bez., per Januar — Mark bez., per April-Mai 150½ Mark Br., per Mai-Juni 152 Mark Br., Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Erbsen, Kochwaare, 170 bis 205 Mark, Futterwaare 157 bis 168 Mark. — Weizenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 00: 32,50 bis 30,00 M. bez., Nr. 0: 30,00 bis 29,00 Mark, Nr. 0 und 1: 29,00 bis 27,00 Mark bez. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 25,50 bis 24,50 M. bez., Nr. 0 und 1: 24,25 bis 23,25 M. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1 incl. Sack per Januar 24,10 Mark bez., per Januar-Februar 24,10 Mark bez., per Februar-März 24,20 M. bez., per April-Mai 24,45—24,40 M. bez., per Mai-Juni 24,45—24,40 M. bez., per Juni-Juli — Mark bez. Gek. — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Rüböl pro 100 Kilo loco mit Faß 54,3 M. bez., ohne Faß 54 M. bez., per Januar 54,2 M. bez., per Januar-Februar 54,2 M. bez., per April-Mai 55,8—55,7 M. bez., per Mai-Juni 56,2 M. bez. Gekündigt 500 Ctr. Kündigungspreis 54,5 Mark. — Leinöl loco 66 M. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Faß 24,8 Mark bez., per Januar und Januar-Februar 24,2 bis 24,3 M. bez., per Februar-März 24,5 M. bez., per März-April — Mark bez., per April-Mai 24,6 Mark bez. Gekündigt 2100 Centner. Kündigungspreis 24,3 M.

Spiritus loco ohne Faß 60—60,2 M. bez., per Januar 59,5—59,8 Mark bez., per Januar-Februar 59,5—59,8 M. bez., per April-Mai 61,4 bis 61,7—61,6 M. bez., per Mai-Juni 61,6—61,8 M. bez., per Juni-Juli 62,5—62,8—62,7 M. bez., per Juli-August 64,3—63,7—63,6 M. bez., per August-September 63,8—64—63,9 M. bez. Gekündigt 40,000 Liter. Kündigungspreis 59,8 M.

Breslau, 13. Jan., 9½ Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war für Getreide ruhig, bei etwas stärkerem Angebot Preise unverändert.

Weizen, nur feine Qualitäten preishaltend, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 19,40 bis 21,30—22,30 Mark, gelber 19,20—20,60 bis 21,50 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. 15,90 bis 16,90 bis 17,30 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste schwach preishaltend, pr. 100 Kilogr. 15,70—16,70 Mark, weiße 17,00 bis 17,30 Mark.

Hafer ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 12,90—13,80—14,10 Mark.

Mais in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. 13,30—13,80—14,60 Mark.

Erbsen mehr offerirt, pr. 100 Kilog. 18,50—19,60—20,20 M., Victoria- 21,00—22,00—23,50 Mark.

Bohnen in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. 19,50—21,00—22,00 M.

Lupinen ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. gelbe 7,80—8,40—8,90 Mark, blaue 7,60—8,20—8,60 Mark.

Wicken ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 13—13,50—14,20 Mark.

Oelsaaten gut behauptet.

Schlaglein schwächer angeboten.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	—	25	—	22	—
Winterraps	23	—	22	—	21	50
Winterrübsen	22	50	21	75	21	50
Sommerrübsen	22	50	21	75	21	50
Leindotter	22	50	21	50	20	75

Rapskuchen behauptet, pr. 50 Kilogr. 6,50—6,70 Mark, — fremde 6,10—6,30 Mark.

Leinkuchen ohne Aenderung, pr. 50 Kilogr. 9,70—9,90 Mark.

Kleesamen blieb gut zugeführt, rother unverändert, pr. 50 Kilogr. 40—45—50—53 Mark, — weißer ruhig, 48—57—68—77 Mark, hochfeiner über Notiz.

Tannenklee matt, pr. 50 Kilogr. 48—52—62 Mark.

Thymothee mehr offerirt, pr. 50 Kilogr. 19—22—26 Mark.

Mehl ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 31,00—32,00 Mark, Roggen fein 27,00—28,00 Mark, Hausbacken 26,00—27,00 Mark, Roggen-Futtermehl 10,20—11,00 Mark, Weizenkleie 9,50—10 Mark.

Heu 2,60—3,00 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 20,00—22,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Januar 12., 13.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme (C.)	— 0°,1	— 0°,6	— 1°,4
Luftdruck bei 0° (mm)	764,7	764,6	761,7
Dunstdruck (mm)	4,6	3,7	3,7
Dunstsättigung (pCt.)	100	85	90
Wind	NW. 1.	NW. 1.	NW. 2.
Wetter	bedeckt.	bedeckt.	bedeckt.

Breslau, 13. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 98 Cm. U.-P. — M. 94 C. Eisstand.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.